

Wörter-Zeitung

Dienstag, 7. Januar 1930
12. Jahrgang, Nummer 5

Neu: „Roter Stern“
Nur im Abonnement

Preis: wöchentlich 0,10 M.
Durch die Post bezogen 0,15 M.
Wochenspreis: 0,70 M.
Halbjahrespreis: 3,50 M.
Jahrespreis: 6,80 M.
Einzelhefte 0,10 M.
Wochenspreis: 0,15 M.
Halbjahrespreis: 0,80 M.
Jahrespreis: 1,60 M.
Einzelhefte 0,10 M.
Wochenspreis: 0,15 M.
Halbjahrespreis: 0,80 M.
Jahrespreis: 1,60 M.

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der SPD, Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptredaktion: Breslau 10, Trebnitzer Str. 50, Tel. 560 30.
Verlagsbüro: Breslau 544, S-Bahnhof; Breslau, Trebnitzer
Straße 50, Tel. 230 02. Druckerei der Redaktion von 12-18,
Montags bis Freitag von 17-18 Uhr. Filialredaktionen:
Ostschlesien, Gerickestr. 26, Tel. 4085; Oppeln, Wabnitzstr. 11, Tel. 128 04
Schlesien, Luntz 6, Tel. 2384. Geschäftszeit: 6-19 Uhr. Geschäftsstand:
Sauptredaktion Breslau, Verlagsort Breslau. — Breslau: 544. Ver-
lagsstellen: 544, 545, 546, 547, 548, 549, 550, 551, 552, 553, 554, 555, 556, 557, 558, 559, 560.

Im Zeichen der young-deutschen Diktatur! Staatsaufsicht über Breslau? Regierungspräsident soll alle „erforderlichen Maßnahmen“ ergreifen

(Eig. Bericht.) Breslau, 7. Januar.
Gestern, Montag, hat im Preussischen Innenministerium eine Besprechung über die Finanzverhältnisse der Stadt Breslau stattgefunden. An dieser Besprechung haben u. a. teilgenommen: Oberbürgermeister Dr. Wagner, Stadtkämmerer Dr. Friedel, der Regierungspräsident Dr. Jacenide sowie als Vertreter des preussischen Innenministeriums der als Scharfmacher in Mietenerhöhungen bekannte Ministerialdirektor Dr. v. Lehn und für das preussische Finanzministerium Staatssekretär Schleusener sowie ein Vertreter des sogenannten Wohlfahrtsministeriums. In dem Bericht, der über die Verhandlungen herausgegeben wurde, heißt es, daß die „außerordentlich ernste Lage der Breslauer städtischen Finanzen „auf allen Richtungen hin durchgeprüft und eingehend besprochen wurde. Besonders beunruhigend sei die gerade in Breslau katastrophal ansteigende Erwerbslosigkeit.“ Sofortige Hilfsmaßnahmen durch die Regierung wurden nicht beschloffen. Es wurde nur für später eine Hilfsaktion „in Aussicht gestellt“. Das Ergebnis der Besprechung wurde in folgenden drei Punkten zusammengefaßt:

1. Vermeidung aller nicht unbedingt notwendigen Ausgaben,
 2. Prüfung der Möglichkeiten für Einnahmeerhöhungen,
 3. Prüfung der Möglichkeit, die Breslauer aufzunehmen.
- Und schließlich wurde noch festgestellt, daß „die weitere Befriedung der Angelegenheit in den Händen der Aufsichtsinstanz, des Breslauer Regierungspräsidenten, liegt, der alle erforderlichen Maßnahmen einleiten soll“.

Drei Punkte von weittragender Bedeutung für das werttätige Breslau. Vermeidung aller nicht unbedingt notwendigen Ausgaben. Das sind Beihilfen an Erwerbslose, das sind die Unterstützungen für die Wohlfahrtsempfänger, das sind alle jene Posten im Breslauer Magistrat, die bisher eine gewisse soziale Bedeutung hatten. Hier wird gebittet werden, auf der anderen Seite wird die Prüfung der Möglichkeiten für Einnahmeerhöhungen“ dazu führen, daß der bereits vor den Wahlen aufgetauchte Plan einer allgemeinen Gebührenerhöhung Wirklichkeit wird. So sieht die Hilfe des Staates für Bres-

lau aus. Man hat das schon vor einigen Wochen dokumentiert, als man einen Antrag, der kommunistischen Landtagsfraktion, für das werttätige Breslau fünf Millionen Mark zur Verfügung zu stellen, von der Einheitsfront der Deutschnationalen bis zur SPD, ablehnte. Und das letzte Mittel des Staates gegenüber den Gemeinden bleibt die Staatsaufsicht, die Diktatur der Regierung über die schon lange zu einer farce gewordenen Selbstverwaltung der Kommunen.

Die beabsichtigte Verhängung der Staatsaufsicht über Breslau ist keine Einzelercheinung. Schon im Dezember wurde Berlin unter Kuratel des Oberpräsidenten von Brandenburg gestellt. Diktatur über Berlin! Diktatur über Breslau! Wirtschaftsjahrschichtliche Diktatur im ganzen Reich — noch nie seit dem Ermächtigungsgesetz von 1923 sind die demokratischen Konstitutionen der kapitalistischen Republik als Kulissen der finanzkapitalistischen Diktatur demaskiert worden.

Young-Deutschland steht vor einem neuen Entwicklungsabschnitt. Durch den Young-Plan ist die deutsche Bourgeoisie vor die Aufgabe gestellt, durch neue ungeheure Massenbelastungen die Forderungen der sogenannten Siegerstaaten zu erfüllen, aber auch gleichzeitig die Profite der deutschen Kapitalisten zu steigern. Die Aufhebung des Selbstverwaltungsrechts der Gemeinden ist nur ein Teil der Young-berücksichtigten Offensiv gegen die werttätigen Massen. Alle Forderungen des Reichsbankpräsidenten Schacht, des Agenten des internationalen Finanzkapitals werden von der Koalitionsregierung Hermann Müller unverzüglich erfüllt.

Um den Widerstand der proletarischen Massen gegen die verschärfte Anwendung faschistischer Herrschaftsmethoden zu brechen, schafft die Koalitionsregierung außer der jetzt schon verstärkten Justiz- und Polizeioffensive eine Reihe neuer Gesetzesbestimmungen, die die Niederwerfung des revolutionären Proletariats legalisieren sollen.

Gegen diese faschistischen Diktaturmaßnahmen muß die Arbeiter-schaft einen geschlossenen Abwehrkampf aufnehmen. Der politische Massenkreis ist in der gegenwärtigen Situation das gegebene Kampfmittel. Die Betriebsbelegschaften und die Erwerbslosen müssen alle notwendigen Vorbereitungen treffen. Für den Bezirk Schlesien wird der Kongreß der Gewerkschaftsopposition am 8. und 9. Februar zur Lage Stellung nehmen und alle Voraussetzungen für eine erfolgreiche Offensive der werttätigen Massen Schlesiens schaffen.

Australien, Kapitän Grosvenor, wurden getötet. Die Trümmer des Flugzeuges wurden nach einer Stunde 20 Meter unter der Wasseroberfläche gefunden.

Erhöhung der amerikanischen Rüstungsausgaben

II. London, 6. Januar. Dem amerikanischen Kongreß, der am Montag wieder zusammentritt, wurde eine Vorlage des Kriegsministeriums unterbreitet, die eine Erhöhung der rein militärischen Ausgaben um rund 6 Millionen Dollar gegenüber den Ausgaben des vergangenen Jahres vorsieht.

Manteltarif in der Porzellanindustrie gekündigt

Waldburg, 7. Januar. Der Manteltarif für die feinkeramische Industrie ist gekündigt worden. Ab sofort ist der 31. März. — Die Porzellanarbeiter müssen sofort den Kampf um Verbesserung des Manteltarifs organisieren. Verlassen sie sich auf die Gewerkschaftsbürokratie und die ihnen ergebene Funktionäre, so wird eine Verbesserung des Manteltarifs bestimmt nicht eintreten.

Der Vorläufer

Mit langen Artikeln, Festreden und Fechtchriften hat die Sozialdemokratie — die deutsche wie die internationale — Eduard Bernstein 80. Geburtstag begangen. Nur noch schwach klang in den Gedenkarbeitern nach die Erinnerung an jene Periode innerparteilicher Kämpfe, in der Bernstein geschichtlich stärkste Wirkung auf die Grundlagen des Marxismus, dessen Führer Bernstein war. Daß die Partei unter Bebel's Führung damals einen Karren, bis an die Grenzen der Spaltung führenden Kampf gegen Bernstein und seine Gruppe führte, wird vergessen — wozu auch daran erinnern? Mögen einige „marxistische“ Gedenk-artikelschreiber noch behaupten, daß die Partei „in der Theorie“ auf dem Boden des Marxismus stehe — in der Politik der SPD. hat schon in den Jahren vor 1914 Bernsteins Linie, die des Hineinwachsens der Sozialdemokratie in die sich angeblich zum Sozialismus entwickelnde kapitalistische Gesellschaft durchgemacht. So gründlich, daß ihm selbst davor graute und daß während des Krieges Bernstein, der nichts anderes war als ein bürgerlicher Pazifist — sich der USR. angeschlossen, weil er nicht stark genug war, die Konsequenzen seiner Politik, die Vaterlandsverräterei, zu befehlen. Das, was Bernstein vor dreißig Jahren propagierte, und wovon damals die Partei noch empört zurückgedreht, das Bekenntnis zur bürgerlichen Demokratie als Alibi, die Arbeitergemeinschaft mit den Unternehmern, die großbauernfreundliche Agrarpolitik — das alles ist längst Gemeingut seiner Partei geworden. Und über die Lehre — des Vorläufers hinaus sind die Erben den konsequenten Weg zum Sozialchauvinismus und zum Sozialfaschismus gegangen.

Die Diskussion im Haag

Die Haager Verhandlungen konzentrieren sich nach anfänglicher Erledigung einiger formaler Fragen nunmehr auf jene Punkte, wo tatsächlich politische Gegensätze bestehen, und demnach mit ernstlichen Auseinandersetzungen zu rechnen ist. Neben den beiden großen politischen Fraktionen der Sozialisten und der Reparationsgegner bestehen eine Reihe finanzieller Differenzpunkte, die sich teils auf die Funktionen der Reparationsbank, teils auf das Recht Deutschlands zur Neuverpfändung der bisher für die Dawes-Rakten verpfändeten, durch den Young-Plan freigegebenen Einnahmequellen beziehen.

Der letztere Punkt kann eine gewisse Bedeutung gewinnen, da die schwarzgoldene Regierung (womit Hilferding bei den Jüdischen ja bereits begonnen hat) eine Politik der Umgestaltung verschiedener indirekter Steuern in verpfändbare Monopole betreibt und evtl. auch den Tabak in diese Politik einbeziehen will. Wichtigere sind eine Reihe von Differenzpunkten, die sich auf das deutsch-amerikanische Verhältnis beziehen. Neben den Fragen der Reparationsbank und den Bedenken der übrigen Gläubiger gegen das deutsch-amerikanische Reparationsabkommen bzw. seine Sonderbestimmungen, gehören in diese Gruppe auch die Fragen der „Stabilität der deutschen Währung“. Das deutsch-amerikanische Abkommen bedeutet im Verhältnis zum Young-Plan und der von ihm vorgesehenen Regelung der deutschen Beziehungen zu den übrigen Gläubigern eine gewisse Besserstellung Deutschlands; es sieht keine Reduzierung der deutschen Zahlungen vor, erleichtert damit ihre spätere Revision, durch verschiedene Bestimmungen aber auch ihre zeitweise Stundung, die sich auf den Gesamtbetrag der Schuld erstrecken kann. Endlich verzichtet Amerika in dem Abkommen grundsätzlich auf besondere Sanktionsrechte. Das Bestreben der übrigen Gläubiger geht nun dahin, die formalen Beziehungen zwischen Young-Plan und deutsch-amerikanischem Abkommen so zu gestalten, daß Deutschland von vornherein daran verhindert wird, eine Ausdehnung der deutsch-amerikanischen Abmachungen auf die Beziehungen zu den übrigen Gläubigern zu versuchen. Handelt es sich hier um — wenn auch wichtige — Fragen formaler Art, so hat die Frage der deutschen „Währungsstabilität“ unmittelbare politische Bedeutung. Unter dem Vorwand, Sicherungen gegen eine Gefährdung ihrer Ansprüche durch eine neue Inflation zu verlangen, häßten hier die Ausüberrmächte bewußt die Position des Herrn Schacht, der im Namen des deutschen Finanzkapitals und seiner Hinterleute die Finanzdiktatur gegen die Arbeiterklasse organisiert. Die Frage kann der schwindelhafte Charakter der „nationalen“ Propaganda der Schacht und Konjunktur nicht entkühlt werden. So, wie sie — und ihr Agent Hilferding in der Regierung — feinerzeit den

„Erbsind“ angrufen haben, um die Diktatur des deutschen Trustkapitals über die Reichsbahn international „garantiert“ zu bekommen, so bedienen sie sich auch gerne der gleichen Hilfstruppen zur verstärkten Auszehrung der arbeitenden Massen auf dem Wege der Finanzreform, die sie sich gern vom Ausland „billieren“ lassen.

Flugzeugabsturz bei Melbourne drei Tote

II. London, 6. Januar. In der Port Phillips im Staate Victoria ist nach Berichten aus Melbourne ein mit drei Personen besetztes Flugzeug aus 130 Meter Höhe abgestürzt. Alle drei Insassen, unter ihnen der Adjutant des Generalgouverneurs von

Ein Geistlicher als weißgardistischer Verbrecher

II. Romno, 7. Januar. Wie aus Moskau gemeldet wird, hat das Oberste Gericht der Sowjetunion in Simferopol den deutschen katholischen Pfarrer Graf wegen angeblicher sowjetfeindlicher Propaganda zu 6 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt.

Am 2. Januar begann in Simferopol bei enormem Andrang der Arbeiter und der deutschen Bauern der umliegenden Dörfer die Prozeßverhandlung gegen einen katholischen Geistlichen namens Graf. Graf wird eine systematische sowjetfeindliche Tätigkeit, die in Propaganda gegen die Kollektivierung in deutschen Dörfern, in Verbreitung illegaler religiöser Flugblätter usw. ihren Niederschlag gefunden hat, zur Last gelegt. In der Gerichtsverhandlung wurde festgestellt, daß Graf seine zwei unehelichen Kinder, ein Zwillingpaar, ermordet hat. Nach hartnäckigem Leugnen mußte Graf außer seinen sonstigen Verbrechen auch den Mord an seinen Kindern gestehen, die, wie er erklärte, ihn gehindert hätten, „Gott und der Religion zu dienen“. In seinen Reden erklärte Graf, daß von der überwältigenden Mehrheit der katholischen Priester des Reiches die Zölle nicht beachtet wird. Auch seine Beziehungen zu den Reichsmissionen für und gegen Frauen, die von ihm materiell abhängig waren, mit ihm

intime Beziehungen zu unterhalten. Seinen religiösen Einfluß ausnützend, schwindelte er Leichtgläubigen Geld ab und schickte schließlich aus dem Wolga-Gebiet, wo er ebenfalls eine sowjetfeindliche Tätigkeit entwickelte, nach der Krim.

Die Enthüllungen des Angeklagten machten auf die anwesenden deutschen Bauern großen Eindruck. Viele, die der katholischen Kirche und Weiskirche noch glaubten, haben sich jetzt von ihrer konterrevolutionären Rolle überzeugt.

Schichtlerin im Kreml-Krankenhaus

II. Romno, 7. Januar. Wie aus Moskau gemeldet wird, ist Augenkommissar Tschitscherin am Montagabend in das Moskauer Krankenhaus ein- getroffen und mit dem Krankenauto in das Kreml-Krankenhaus eingeliefert worden. Tschitscherin sei so erkrankt und krank von der Krim, daß er Besprechungen mit den höchsten Instanzen der Partei nicht habe aufnehmen können. Auf jeden Fall sei vorläufig nicht daran zu denken, daß Tschitscherin in das Ausland zurückkehren, weil seine Gesundheit völlig erschöpft sei und er eine so lange Reise nicht überleben könnte.

Deterdings und Ehrhardts Komplizen vor Gericht

Der erste Tag des Prozesses gegen die Sowjet-Geldfälscher — Karumidzes Vernehmung

Die Angeklagten

Unter dem Vorsitz des Amtsgerichtsrats Wartenberger begann gestern vor dem erweiterten Schöffengericht in Moskau unter außerordentlich starkem Andrang des Publikums und der Presse der große auf mehrere Wochen Dauer berechnete Prozeß gegen die Sowjetgeldfälscher. Zwei Georgier, namens Karumidze und Sabathieraschwili, sitzen neben vier Deutschen Faschisten auf der Anklagebank. Es sind der angebliche Diplomingenieur und falschlische „Oberland“- und Stahlhelmführer Hauptmann Weber, der Ehrhardt-Mann Georg Bell, der nationalsozialistische Münchener Buchhändler Böhle und der Kaufmann Wilhelm Schmidt aus Nürnberg. Schneider, in dessen Münchener Buchdruckerei die falschen Tschermongnoten gedruckt wurden, ist nicht erschienen, weswegen auch gestern das Verfahren gegen seinen Maschinenmeister Kipping abgetrennt wurde.



Blick auf die Angeklagtenbank: Hauptmann Weber (1), Sabathieraschwili (2), Karumidze (3).

Schneiders Nichterscheinen ist von der Justiz geradezu begrüßt worden. Obwohl er zur Stelle war, als man seinen noch habhaft werden konnte, hat man ihn nicht verhaftet. Denn Schneider kennt all die hohen faschistischen Persönlichkeiten, die bei ihm die falschen Tschermongnoten bestellt und abgeholt haben. Er könnte viel verraten. Besser also, er kommt nicht.

Schafzüchter, Bankdirektor und — Freiheitstämpfer

Der ganze gestrige Tag war mit der Vernehmung Karumidzes ausgefüllt, der sich in der „Bosnischen Zeitung“ als Vater des Gebantens der Tschermongnotenfälschung bekannt hat. Korpulent, Hängeohren, mehrfaches Doppelinn, niedrige Stirn, beide Daumen klobig in den Westentaschen — so sieht der georgische „Freiheitstämpfer“ vor seinen milden Richtern. Keine großparteiliche-kapitalistische Organisation, der er nicht angehörte, als er noch das Glück hatte, unter der menschewistischen Regierung Georgiens als Vertreter der bürgerlichen Nationaldemokratie im Parlament zu sitzen. Im Vorstand der Gesellschaft für Schafzucht: Karumidze! Im Aufsichtsrat der Banken: Karumidze! In der Verbandsleitung der Produzenten-gesellschaft: Karumidze! Nachdem die Bolschewiki die menschewistische Regierung stürzten, kam er nach Deutschland. Vorsitzender: „Was wollten Sie denn eigentlich in Deutschland?“

Karumidze: „Ich wollte, in Deutschland finde ich Gefinnungsfreunde, die an dem Befreiungskampf des georgischen Volkes Anteil nehmen. In der Schweiz hatte ich 50 000 Dollar liegen.“

Vors.: „Wer finanzierte nun eigentlich Sie und Ihr Unternehmen?“

K. verweigert darauf die Aussage. Der Vorsitzende dringt nicht in ihn.

K.: „Aus dem Kaukasus erfuhr ich,“ so fährt Karumidze fort, „daß ohne große Geldmittel der Freiheitstämpfer nicht durchzuführen sei. Da faßte ich den Plan, falsche Tschermongnoten in Massen herzustellen, um die russische Währung zu erschüttern und einen Aufstand in Georgien zu entfesseln und finanziell zu stützen.“

Der erste, den ich von meinem Plan unterrichtete, war Weber. Er sagte mir seine Beteiligung zu und brachte mich mit dem Buchdruckereibesitzer Schneider zusammen.“

Weißgardist als vereidigter Dolmetscher

In diesem für den Faschisten Weber gefährlichen Augenblick unternimmt die Verteidigung einen Vorstoß gegen den russischen

Dolmetscher, der schlecht überfehlt. Die nationalsozialistische Rechtsanwaltsgruppe aus München fordert, daß ein Dr. Lehber als Dolmetscher hinzugezogen werde. Bei näherem Zusehen entpuppt er sich als weißgardistischer Emigrant und Redakteur der deutschnationalen „Deutschen Zeitung“. Und das Gericht, das ängstlich vermeidet, in Karumidze zu bringen, wenn es sich um seine finanziellen und politischen Hintermänner handelt, bekommt

es fertig, diesen völlig parteiischen Weißgardisten als Dolmetscher zu bestellen und zu vereidigen.

Kalglatt wie er ist, versteht Karumidze es, allen heißen Fragen aus dem Wege zu gehen. Vor allem will er seine deutsch-faschistischen Bundesgenossen nicht belasten. Er weiß nicht mehr, was er in der Vorunternehmung noch genau behauptet hat, ob Weber mit ihm die Druckbogen zur Fälschungswerkstätte gebracht hat.

Vors.: „Wie haben Sie denn Bell kennengelernt?“

K.: „Drei Monate vor der Reise des Generals Hoffmann zu Deterding. Bell erklärte, er und seine politische Gruppe, der er angehört, seien an der ukrainischen und georgischen Bewegung sehr interessiert.“

Ehrhardt-Mann und Spion gegen Deutschland

Vors.: „Welcher Gruppe gehörte Bell denn an?“

K.: „Ich möchte das nicht sagen. Jedenfalls erklärte Bell mir, daß seine Gruppe sich nicht nur für die Bekämpfung des Bolschewismus in Rußland, sondern auch für die Bekämpfung des Kommunismus in Deutschland einsetze. Später hat Bell mich mit Ehrhardt zusammengebracht.“

Damit ist wohl klar, mit wem man es bei Bell zu tun hat. Er ist ein Intimus des Organisators der Mörderzentrale, des Kapitän Ehrhardt. Ein laubereicher Gefelle, dieser Bell! Eben hat er sich noch gerühmt, welche geheime Nachrichtenmission er im Kriege ausgeübt habe — da kommt es auch schon heraus, daß er vor kurzem erst in Deutschland wegen Spionage verurteilt worden ist. So sehen die Ehrenmänner aus, die mit Dolch, Revolver, Handgranate, Dokumenten- und Geldfälschungen der Arbeiterbewegung zuleibe gehen.

Karumidze erzählt nun weiter, daß er diesen Bell dazu ausersuchen hatte, nach dem türkischen Extrapost zu gehen, wo das georgische Auslandskomitee aufgelassen war und Bell als Vertrauensmann der Emigranten den Aufstand in Georgien führen sollte.

Bei dieser Gelegenheit hört man den Namen wenigstens eines der Geldmänner. Von dem „Fürsten“ Wawlow-Bermond, der als Bandenführer 1919 in den baltischen Grenzstaaten die Bolschewisten hausenweise meuchelmordete, erhielt Karumidze einen sehr hohen Geldbetrag. Aber dabei hielt sich der Vorsitzende nicht weiter auf, der die Verhandlung lieber mit einem dreiviertelstündigen Frage- und Antwortspiel über Fellhandel abschloß, anstatt die politischen Hintergründe und Hintermänner dieses Standals zu beleuchten.

Der nächste Schlag der Hungerregierung:

Erhöhung der Eisenbahntarife geplant

„Tariferhöhung die einzigmögliche Lösung“ sagt der Reichsbahnkommissar Die Werttätigen sollen die Millionenlasten des Young-Planes bezahlen

Kaum hat die Hermann-Müller-Regierung ihre Wucherzölle angenommen und ihre Pläne der brutalen Besteuerung der Massen und der Steuergehente für den Rest beschließen, alles im Interesse der Durchführung des Young-Plans auf Kosten der Arbeiter, holt sie bereits zu einem neuen Schlag gegen das werttätige Deutschland aus. Bereits in aller nächster Zeit sollen ähnlich wie in Berlin die Verkehrstarife, die gesamten Eisenbahntarife für das Reich erhöht werden.

Soeben veröffentlicht der Reichsbahnkommissar seinen Jahresbericht. Nach einer eingehenden Schilderung der augenblicklichen Lage der Reichsbahngesellschaft im Geschäftsjahr 1929 kommt der Kommissar zu folgendem Schluß:

„Demnach müßte man also auf eine Tariferhöhung zurückgreifen, die bei der augenblicklichen Lage die einzig durchführbare Lösung ist.“ (!?)

Dies, obwohl der Reichsbahnkommissar zugeben muß, daß die Jahreseinnahmen insgesamt 5370 Millionen Mark betragen, also

211 Millionen oder 4 Prozent mehr betragen, als die Einnahmen des Vorjahres

und der Betriebsüberschuß 911 Millionen beträgt. Die

Koalitionsregierung beschäftigt sich bereits mit dem Plan der Tariferhöhung!

Besonders ausführlich ist folgende Stelle des Berichtes:

„Der Betriebsüberschuß mit 911 Millionen wird gerade ausreichen, um die Reparationslasten (660 Millionen. D. Reb.) zu erfüllen, die Vorrangschuldende (75,7 Millionen) zu zahlen, die Ausgaben für Anleihezins bis zu 78,8 Millionen zu decken und 91,8 Millionen der gesetzlichen Ausgleichsgrundlage zuzuführen...“

Dabei ist zu bedenken, daß der Young-Plan für die Reichsbahn noch insofern eine Erschwerung bringt, als sie jetzt 12 Monatsraten von 55 Millionen Mark zu leisten hat, während sie unter dem Dawes-Plan die 680 Millionen in zwei Halbjahresraten leistete, dafür aber einen Diskont gewährt erhielt, der z. B. im vierten Reparationsjahr 6,7 Millionen, im 5. Reparationsjahr 8,1 Millionen betrug. Dieser Diskont geht bei dem jetzigen Modus der Monatsraten für die Reichsbahn verloren!

So sieht die „Bestellung“ Deutschlands unter dem Young-Plan, wie sie die sozialdemokratisch-bürgerlichen Elitenpartei-perfekte der Arbeiterklasse vorliegen, in der nackten Wirklichkeit aus. 660 Millionen für die in- und ausländischen Finanzhänken, 76 Millionen für die schwerreichen Couponschneider! Und damit noch nicht genug! Eine brutale Tariferhöhung soll die Taschen der Kapitalisten im In- und Ausland noch mehr füllen, den Hungerriemen noch enger schnallen! Und die Lage der Eisenbahner, über die im Bericht vorsorglich geschwiegen wird? Für sie fällt von den Millioneneneinnahmen, die aus ihren Knochen herausgeschunden, aus den Taschen der Werttätigen herausgeschoben werden, nichts ab. Dafür aber stehen hinter ihnen die Agenten Dornmüllers mit der Stoppuhr, damit sie noch schneller ohne Waise schreiten, dafür dürfen sie noch länger arbeiten, sollen sie noch anspruchlos werden.

Noch ist es an der Zeit, diesen Plan der Hermann-Müller-Regierung, der das Elend der Arbeiterklasse zu erhöhen droht, zu durchkreuzen. Aber er kann nur durchkreuzt werden durch Kampf. Kampf gegen den Young-Plan, nicht in der schwindelhaft demagogischen Weise, wie ihn die Nazis vor-täuschen, sondern konkret durch Kampf um Lohn- und Gehaltserhöhungen, durch die Organisation von Wirtschaftskämpfen und die Steigerung dieser Kämpfe um politische Massenstreik zum Sturz der Koalitionsregierung des Hungers. Den Weg dieses Kampfes kann die Arbeiterklasse nur unter Führung der A.P.D. beschreiten.

Textilstreit in Belgien

U. Brüssel, 5. Januar. Die Arbeiterklasse der Webwaren-industrie in Renat hat beschlossen, am Montag in den Streik zu treten. Der Ausstand wird 6000 Arbeiter umfassen. Der Grund des Lohnstreikes besteht darin, daß die Forderung der Arbeiter auf eine fünfprozentige Lohnhöhung abgelehnt worden ist.

Rom. Wie aus Warschau gemeldet wird, wurden in Leningrad in einem ehemaligen kaiserlichen Schloß wichtige historische Schriftstücke aufgefunden, darunter das Tagebuch Kaiser Nikolaus I. sowie Briefe der letzten russischen Zarin und des ehemaligen Kaisers Wilhelms II. Die Schriftstücke werden in aller nächster Zeit vom russischen Staatsverlag veröffentlicht werden.

Die Nazis im Solde des Kohlentapitals

„Deutsche Bergwerkszeitung“ und „Angriff“ vereint in Rußlandhege

Es ist noch nicht lange her, daß die Nationalsozialisten bei dem letzten Wahlen in den einzelnen Ländern und Gemeinden ihre Demagogie zum Zweck der Gewinnung von Arbeiterwählern so weit trieben, daß sie sich den Anschein einer sozialfreundlichen Haltung gaben. Man erinnert sich gut des beliebten Triads der nationalsozialistischen Wahlredner, die die Sowjetunion als das einzige Land der Welt priesen, das ihre Hauptforderung, die Sozialisierung des Kohlentapitals durchführt habe. Diese verlogene Agitation trieben die Nazis zur gleichen Zeit, wo ihre Marschkommandos mit Messern und Revolvern wehrlose Arbeiter, insbesondere aber Kommunisten und rote Frontkämpfer in Duzenden von Fällen überfielen, erschlugen und niederschossen.

Mehr als einmal sind wir in der Lage gewesen, die großkapitalistischen Geldgeber der Nationalsozialisten nambhaft zu machen und damit den ganzen Schwindel ihrer angeblichen Arbeiterfreundlichkeit zu entlarven. Der vergangene Sonntag hat die Reihe dieser Beispiele um ein besonders wirkungsvolles bereichert. Die „Deutsche Bergwerkszeitung“, das Organ der schweizerischen Kohlenkapitalisten, das unter dem direkten Einfluß des deutschen Kohlentapitals steht, veröffentlichte in seiner Sonntagsummer einen Leitartikel „Stalin's Experiment“, der auf vierzigem Niveau den kühnen Versuch der sozialistischen Wirtschaft in den Duzen zu pfeifen verucht. Es verlohnt sich nicht, auf alle die tausendmal wiederlegten und doch immer wieder aufmerksamen Scherzargumente einzugehen, mit denen dieser Artikel die Selbst von ihm nicht gelangenen Erfolge des sozialistischen Aufbaus ausschließlich auf die Wirkung der böswilligen Aktion“ des „Klitterers in den Kellern der

Tscheka“, die „Entwertung der Arbeiter in den Betrieben“ und die „Aushungerung der Bauernschaft“ zurückzuführen will.

Uns interessiert an diesem Artikel nur die Tatsache, daß das Blättchen der Berliner Nationalsozialisten, „Der Angriff“ Herrn Goebels, genau den gleichen Artikel aus derselben antibolschewistischen, schwerindustriellen Korrespondenz, aus der ihn die „Deutsche Bergwerkszeitung“ übernahm, in seinen Spalten abdruckt.

So also sieht die „Sowjetfreundlichkeit“ der Nationalsozialisten aus, die in ihren öffentlichen Versammlungen, mit der Versicherung, daß sie sich niemals zu einem Kriege gegen die Sowjetunion hergeben würden, Dumme zu fangen versuchen. So also sieht die „Arbeiterpartei“ der Nationalsozialisten aus, die Wort für Wort die Rußlandhege der schwerindustriellen Presse, der Zeitungen des Kohlentapitals ihren Anhängern als „nationalsozialistische Arbeiterpolitik“ vorlegt.

Herrn Goebels „Angriff“ als Kopfblatt der „Deutschen Bergwerkszeitung“: das ist nichts anderes als die nationalsozialistische Streikbrecher- und Terrorbande in den Betrieben, die im Auftrag der Unternehmer als gefasste, willenlose Subjekte den Kampf gegen das revolutionäre Proletariat führen.

Wahrlich von allen Sorten des Faschismus, mag es der italienische, spanische, jugoslawische oder polnische sein, zeichnet sich der deutsche Nationalsozialismus dadurch aus, daß er am leichtesten nicht nur von der Bourgeoisie überhaupt, sondern von jedem beliebigen Truist, von jeder Diktatur, von jedem Unter-nahmer, ob jüdisch oder christlich, für ein Butterbrot zu kaufen ist!

Rückblick und Ausblick auf die deutsche Wirtschaft

„Akkumuliert, akkumuliert, das ist Moses und die Propheten!“

Dringender als je stehen die deutschen Kapitalisten vor der zwingenden Notwendigkeit, ihre „Kapitalbildung“ zu beschleunigen. Denn im Verlaufe des Jahres 1929 ist eine neue Ueberfüllung des Marktes und Verschärfung aller Konkurrenzämpfe eingetreten. Das trifft die deutschen Kapitalisten ganz besonders, weil sie mehr als alle anderen kapitalistischen Mächte auf die Steigerung ihres Auslandsabzuges durch Schuldentkonkurrenz und Kapitalausfuhr angewiesen sind. Unausgesetzte Steigerung der Profite ist deswegen für sie notwendig, wenn sie neben den gewaltigen Mitteln für ihr Parastendebain noch die gewaltigen Kapitalien zur Aufrechterhaltung und Verbesserung ihrer imperialistischen Machtpositionen sich aneignen wollen.

Somit ist die Kapitalnot letztlich eine Folge der kapitalistischen Absatznot und allgemein des verschärften Widerspruchs zwischen der Entwicklung der Produktivkräfte und der kapitalistischen Absatzverhältnisse. Das Weltkapital verfügt heute nicht mehr über sprunghafte Ausdehnungsmöglichkeiten, wie vor dem Kriege. Die Ententemächte haben deswegen versucht, die Hauptlasten der internationalen kapitalistischen Absatznot auf den deutschen Kapitalismus durch die Wegnahme seiner Kolonien und ein System von Tributzahlungen abzuwälzen. Die Erfüllung dieser Reparationsverpflichtungen machten aber gerade eine Steigerung der Warenausfuhr erforderlich. Dieser Grundwiderspruch ist auch im vergangenen Jahre durch die Haager Reparationskonferenz und den Young-Plan nicht aus der Welt geschafft worden. Im Gegenteil, durch den Young-Plan hat der deutsche Kapitalismus sich verpflichtet, nicht nur den wertvollen Massen in Deutschland die Reparationsbeiträge durch Steuern usw. abzunehmen, sondern auch die Ausfuhr so zu steigern, daß die für die Reparationen benötigten Devisen aufgebracht werden.

Abnahme der Kapitaleinfuhr

Im vergangenen Jahre spannte sich die Kreditlage für den deutschen Kapitalismus besonders an, weil er wegen der amerikanischen Hochkonjunktur und Kreditenspannung auf der New Yorker Börse nicht so wie in den Vorjahren Auslandsanleihen aufnehmen konnte. Der Betrag der neu aufgenommenen Auslandsanleihen ist von 1705 Millionen Mark im Jahre 1927 und 1601 Millionen Mark im Jahre 1928 auf nur 336 Millionen Mark in den ersten 11 Monaten 1929 gesunken. Auch die im Inlande aufgenommenen Anleihen weisen eine sprunghafte Verminderung von 1147 Millionen Mark im Jahre 1928 auf 503 Millionen Mark in den ersten 11 Monaten des Vorjahres auf; davon sind 497 Millionen Mark staatliche, bzw. kommunale Anleihen.

Gleichzeitig ist allerdings die kurzfristige Verschuldung sowohl bei den Großbanken, als auch bei Reich, Ländern und Gemeinden beträchtlich gewachsen. Jedoch ist am Ende des letzten Jahres bereits wieder eine Milderung der akuten Kapitalnot im Gefolge des Umschwunges auf der New Yorker Börse und der Zinsenkürzungen in Amerika eingetreten. War im Frühjahr des Vorjahres zur Zeit der Pariser Reparationskonferenz der Gold- und Devisenbestand der Reichsbank seit Jahresanfang von 2,97 auf 2,08 Milliarden Mark gesunken, so ist er seitdem wieder auf 2,63 Milliarden Mark gestiegen. Trotzdem wird von der Reichsbank noch eine Politik der Kreditverknappung und Zinshöherhaltung — wie zur Zeit der akuten Kreditkrise im Frühjahr 1929 — betrieben. Im Auftrage der Großbanken will Schacht damit einen Druck auf den Staat, besonders auf die Gemeinden ausüben. Sie sind in starkem Umfange, nicht ohne Mißbilligung des Reichsbankpräsidenten Schacht, kurzfristig verschuldet und werden deswegen von der Kreditverknappungspolitik Schachts besonders schwer betroffen.

Hatte sich somit gegen Jahresende die Kapitalnot in Deutschland verschärft, so hat sich in Wechselwirkung die deutsche Zahlungsbilanz im abgelaufenen Jahre verbessert, wegen der verminderten Kreditaufnahme im Auslande einerseits und der Verbesserung der Handelsbilanz andererseits.

Zunahme der Ausfuhr

Die deutsche Warenausfuhr im Jahre 1929 wurde durch die Lage des Weltmarktes besonders begünstigt. Es wirkte sich nicht nur die Senkung der Produktionskosten durch Rationalisierung, das deutsche Lohn- und Preisdumping aus, sondern auch die günstige Konjunktur, die jedenfalls in den drei ersten Jahresquartalen vor allem in Amerika und in Frankreich bestand. Zum erstenmal seit Inflationsende weist die deutsche Handelsbilanz einen nennenswerten Ausfuhrüberschuß auf. Während im Jahre 1927 ein Einfuhrüberschuß von 3,34 Milliarden Mark und im Jahre 1928 von 1,55 Milliarden Mark bestand, hat sich im Jahre 1929 die günstige Entwicklung der Handelsbilanz soweit entfaltet, daß in den ersten 10 Monaten ein Ausfuhrüberschuß von 323 Millionen Mark verzeichnet wurde. (Steigerung der Ausfuhr bei Abnahme der Einfuhr.) Gegen Ende des Vorjahres verschlechterte sich jedoch bereits wieder die Ausfuhrsituation infolge des Konjunkturmischlages in Amerika und der Dollarkonkurrenz auf dem Weltmarkte; hinzu kamen noch saisonmäßige Abgangstendenzen. Im November wurde deswegen wieder ein Einfuhrüberschuß von 7,6 Millionen Mark festgestellt.

Höhere Produktionszahlen

Durch das erfolgreiche Vordringen auf dem Auslandsmarkt konnten vor allem die deutschen Eisen- und Stahlindustriellen in der ersten Jahreshälfte einen Rückgang ihres Absatzes verhindern. Hierzu kommt, daß in den drei ersten Jahresquartalen der Wohnungsbau etwas größer, der gewerbliche Bau allerdings etwas geringer als im Vorjahre war. Deswegen sind trotz der Verschärfung der allgemeinen Krisenerscheinungen die Produktionszahlen der Schwer- und Maschinenindustrie, sowie der Elektro- und chemischen Industrie größer als im Jahre 1928, zum Teil sogar größer als in dem Referenzjahr 1927.

Die Steinkohlenförderung belief sich in den ersten 10 Monaten auf 135,6 Millionen Tonnen, gegenüber 126,9 Millionen Tonnen in der gleichen Zeit des Vorjahres. Die Kohleproduktion ist von 10,9 Millionen Tonnen im Jahre 1928 und 12,0 Millionen im Jahre 1927 (11 Monate) auf 12,2 Millionen Tonnen in den ersten 11 Monaten 1929 gestiegen. Die Elektrizitätsproduktion erhöhte sich gegenüber dem Vorjahre (in den ersten 8 Monaten) sogar um 17 Prozent.

Erst in den letzten Monaten wurden auch hier in stärkerem Maße Produktionsbeschränkungen vorgenommen. Vor allem erlitt die Bauindustrie infolge der verschärften Kreditnot, besonders auch in den Kommunen, eine scharfe Einschränkung. Der Finanzdiktator über die Kommunen wird zunächst ein krisenverschärfendes Element für den Baumarkt sein.

Verschärfung der Agrarkrise

Dagegen hat sich trotz günstiger Erntebedingungen die Agrarkrise verschärft. In Amerika fiel im Vorjahre die Ernte ungünstiger aus, in Deutschland dagegen relativ günstig. Die Roggenernte belief sich hier auf 95 Prozent der Referenzernte von 1928. In Amerika war dagegen in der gleichen Zeit ein Rückgang der Weizenernte um 9 Prozent zu verzeichnen, in Kanada 47 Prozent und in Argentinien 28 Prozent, weniger als im Vorjahre. Trotzdem die Verschärfung der Agrarkrise! Denn im internationalen Maßstabe, ganz besonders aber in Deutschland, wird die Kaufkraft der Massen durch Lohndruck, Arbeitslosigkeit usw. beschränkt, Hunderttausende von Tonnen Getreide sind unerkäuflich und verfaulen in den Speichern. Hinzukommt die Kreditnot! Zum ersten Male wurde in Deutschland — ausgerechnet von der Koalitionsregierung — unter dem Beifall der Großagrarien vorgeschlagen, 500 000 Tonnen Roggen für die menschliche Ernährung unbrauchbar zu machen und Hunderttausende von weiteren Tonnen Brotgetreide in den Speichern auf Staatskosten verfaulen zu lassen, bzw. sie ins Ausland zu verschleudern, damit in Deutschland der Getreide- und Brotpreis hochgehalten wird.

Monopolwucher bei sinkender Konjunktur

Für die Großindustriellen dagegen brachte das Jahr 1929 um so höhere Gewinne, als bei gesteigerter Produktion auch die Preise gerade ihrer Erzeugnisse erhöht worden sind. Sie sind nämlich fast durchweg Monopolpreise. Die Kohlspreise z. B. sind gegenüber dem Vorjahre um 9 Prozent, die Eisenpreise um 5 Prozent usw. bei Sinken der Rohstoffpreise erhöht worden. Dagegen sind die „konjunkturrempfindlichen“ Preise, die nicht durch Monopole verteuert werden, aber nur geringen Einfluß auf die Lebenshaltungskosten haben, fast ununterbrochen gesunken. Ihr Index belief sich auf 131,1 im Vorjahre und 112,7 am Ende des Jahres 1929 (Abnahme um 14 Prozent).

Darin spiegelt sich auch wider, daß die Verschärfung des Konkurrenzkampfes die

Klein- und Mittelunternehmungen in ihrer Existenzgrundlage erschüttert.

Bei ihnen sind zahlreiche Zusammenbrüche zu verzeichnen. Dies trifft im abgelaufenen Jahre besonders für das Handels- und Bankkapital zu. Die Konkurrenz z. B. haben sich von 4916 im Jahre 1927 und 7356 im Jahre 1928 auf 8932 im Jahre 1929 (11 Monate) erhöht. Duzende von Klein- und Mittelbanken sind zusammengebrochen. Zahlreiche andere haben sich nur dadurch vor demselben Schicksal gerettet, daß sie sich den Großbanken eingegliedert haben. Die Klein- und Mittelbanken sind nämlich mit den besonders kreditbedürftigen nicht monopolistisch zusammengeschlossenen Klein- und Mittelunternehmungen eng verknüpft. Einerseits konnten diese ihre kurzfristigen Kredite nicht zurückzahlen, um so weniger, als sie nicht so eng mit dem Dollarkapital verbunden sind, wie die Großbanken und doppelt schwer von der Verschärfung der Kreditnot betroffen wurden. Dafür ist die Macht des Großkapitals aber um so mehr angeschwollen. Unter dem Druck der verschärften Konkurrenzämpfe, zwecks Beherrschung neuer monopolistischer Machtpositionen haben sich die beiden Großbanken

Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft

zusammengeschlossen und damit auch eine neue Konzentrationswelle in der Industrie eingeleitet (Gesellsch. Ludwig Löwe, Interessengemeinschaft von über 6 Werken der Kabelindustrie, von 4 Drehbankmaschinenfabriken usw.). Eine einzige Privatbank hat damit überragenden Einfluß auf das gesamte Bankkapital in Deutschland gewonnen und ist zum ausschlaggebenden finanzkapitalistischen und politischen Faktor in Deutschland geworden. Sie steht in engen Beziehungen mit dem Dollarkapital, speziell mit Morgan, dessen Agent sie ist. Sie ist faktisch der Haupttreiber der Reparationsbeiträge und Garant gegenüber dem Dollarkapital für die „Erfüllungspolitik“. Um so mehr wächst ihre imperialistische Aktivität und der Drang nach eigener Kapitalausfuhr, vermehrt durch Dollarkredite. Damit rechnen die Großbanken vor allem im neuen Jahre. (Reparationsbank!) Im abgelaufenen Jahre hat die relativ geringe Kapitaleinfuhr sich zum größeren Teil in Form der Ueberfremdung durch direkten Kauf deutscher Unternehmungen oder von Beteiligungen seitens des amerikanischen Finanzkapitals vollzogen. Diese „Ueberfremdung“ stand aber bereits im Zeichen des Aufmarsches des Dollarkapitals gegen die europäische Industriekonkurrenz. Deswegen beteiligte sich die General Electric Co. an der OAG, kaufte General Motors die Opel-Werke auf und geriet die Wix & Genest nebst anderen Elektro-Unternehmungen unter die Kontrolle des amerikanischen Elektrokapitals.

Im Jahre 1929 ist somit einerseits der deutsche Kapitalismus trotz der vereinten Aufhebung der Dawes-Kontrolle noch abhängiger vom Dollarimperialismus geworden, andererseits aber hat sich das deutsche Finanzkapital gleichzeitig noch fester in gewaltigen Monopolen zusammengeschlossen, die für sich allein die Beherrschung des Staatsapparates verlangen. Deswegen soll in Deutschland mehr als in irgend einem anderen kapitalistischen Lande von Staats wegen die Monopol- und Dumpingpolitik des Trust- und Agrarkapitals organisiert werden. An Stelle der staatskapitalistischen Unternehmungen und Monopole, die der staatlichen Bürokratie in gewissem Umfange ein Eigenleben gegenüber dem privatkapitalistischen Monopol und Finanzkapital ermöglichen, sollen privatkapitalistische Monopole treten, bzw. erst neu geschaffen werden. So das Zündholzmonopol des schwedisch-amerikanischen Zündholztrusts und das von Hilferding vorgeschlagene Zigarettenmonopol für den Reemtsma-Konzern. Auch das großagrarische Kapital, das um so mehr dem Finanzkapital

unterworfen ist, je mehr die Kreditnot des Agrarkapitals sich verschärft, soll Monopolprofite aus neuorganisierten Monopolen, die auf Grund der staatlichen Macht geschaffen werden, erhalten (Schweizer-Konzern-Mehlmonopol, Roggenexport-Monopol, Biechverwertungsgesellschaften, staatlich geschütztes Zudermmonopol usw.). Je höher die Preise im Inlande sind und je mehr die Massen hungern, in um so größerem Umfange will das Trust- und Agrarkapital seine Waren auf dem Weltmarkte zu Schleuderpreisen verkaufen.

Die große Zeit der finanzkapitalistischen Korruption nach amerikanischem Muster hat damit auch in Deutschland eingeleitet. Das ist eine zwangsläufige Folge der unmittelbaren Verschmelzung zwischen Staatsapparat und Finanzkapital (Kriegsanleiheaufwertungsbetrag der Großbanken — Schädigung des Reiches um 3,6 Milliarden Mark, Steuergeschenke und unrechtmäßige Zollheimvergütungen an den Reemtsma-Konzern usw.). Die Zukunft wird zweifellos noch viel größere finanzkapitalistische Korruptionsaffären bringen, die allerdings von der gesamten bürgerlichen Presse, von der nationalsozialistischen bis zur sozialdemokratischen, mit Rücksicht auf das herrschende Finanzkapital vertuscht werden.

Kein Wunder, daß auch die kleinen Finanzkreise nach großem Vorbild ihre durch die überragende Konkurrenz des Großkapitals geschwächerten Profite durch Korruption und Betrug zu erhöhen versuchen. Nirgends gedeiht die Korruption besser, als auf dem Sumpfboden der finanzkapitalistischen Diktatur und der Herrschaft der Monopole.

Die verschärfte Monopolpolitik des Finanzkapitals wird mit scharf ansteigender absoluter Verelendung der Arbeiterschaft eingeleitet.

Rapide Zunahme der absoluten Verelendung

Diejenigen, die glauben, der Arbeiterschaft als Auswirkung der kapitalistischen Rationalisierung einen steigenden Wohlstand oder wenigstens eine Verbesserung der Realloöhne, wenn auch bei relativer Verelendung, im Verhältnis zu dem von der Arbeiterschaft produzierten Mehrwert, prophezeien oder gar feststellen zu können, sind durch die Tatsachen des Jahres 1929 widerlegt worden. Unter der Monopolpolitik wird die geringste Konjunkturerholung lamenartig anwachsend immer schwerer auf die vom Finanzkapital unterdrückten und ausgebeuteten Schichten.

Ein Beweis für die anwachsende absolute Verelendung der Massen wird durch die Einzelhandels-Umsatzstatistik geliefert. Im September-November des Jahres 1929 beliefen sich die Einzelhandelsumsätze an Bekleidungsstücken nur auf 91,8 Prozent des entsprechenden Einzelhandelsumsatzes in derselben Zeit des Vorjahres, der Einzelhandelsumsatz an „Kultur- und Luxusartikeln“ nur auf 87,3 Prozent des Einzelhandelsumsatzes des Vorjahres. Je niedriger das Einkommen ist, um so mehr sinkt die Lebenshaltung auf das Niveau eines regulären Handelebens hinab. Die Geldmittel werden nur noch zur mangelhaften Füllung des hungernden Magens benötigt.

Die Glendstatistik der Arbeiterschaft spiegelt sich vor allem in der

Massenarbeitslosigkeit

wider. Vom 1. August bis 1. Dezember 1929 ist die Zahl der unterstützten Arbeitslosen um 61 Prozent auf 1,39 Millionen gestiegen (am 1. Dezember 1928 „nur“ 1,03 Millionen). Sie stand während des ganzen Jahres weit über dem Niveau des Jahres 1928 und erst recht von 1927. Gegenwärtig muß die Gesamtzahl der Arbeitslosen einschließlich der Unterstützten auf mindestens 2½ Millionen geschätzt werden.

Diese gesteigerte Arbeitslosigkeit ist teils eine Auswirkung der fortgeschrittenen Rationalisierung. Das Heer der arbeitslosen Bankbeamten z. B. wird allein durch die Rationalisierung in der vereinigten Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft um Tausende vergrößert. Nach einer Berechnung des Vereins Deutscher Maschinenbau-Anstalten war von 1927 bis 1928 bereits die Produktion in der Maschinenbauindustrie von 3,4 Milliarden auf 4 Milliarden Mark gestiegen, während gleichzeitig die Zahl der beschäftigten Arbeiter um 16 000 zurückgegangen ist. Stagniert nun die Produktion oder sinkt sie gar absolut, so nimmt doppelt und dreifach die Zahl der überflüssig gewordenen Arbeiter zu. Aber auch der Druck, der durch die Konjunkturerholung entstanden ist, ist nicht nur von kurzer Dauer. Denn sie beruht auf einem Umschwung auf dem Weltmarkte, der Verschärfung des internationalen Konkurrenzkampfes infolge der Dollarkonkurrenz.

Steigende Profitrate — Sinaufstreiben der Glendkurve

Im Jahre 1929 ist somit die Glendkurve der deutschen Arbeiterschaft sprunghaft in die Höhe geklettert. Es ist zu erwarten, daß sie unter der finanzkapitalistischen Diktatur im neuen Jahre noch mehr steigen wird. Unter Einwirkung aller Machtmittel des Staates will das Trust- und Finanzkapital durch verstärkte Ausbeutung der Arbeiterschaft und Auswanderung der gesamten wertvollen Massen seine Profitrate steigern. In dem Maße, wie das gelingt, wächst die absolute Verelendung der Arbeiterschaft. Noch nie sind so großzügige Vorbereitungen auf den Preismacher mit den wichtigsten Massenwaren getroffen worden, wie gegen Ende des Jahres 1929. Der Konsum der Massen wird sich jäh vermindern. Um so besser für das Finanzkapital; denn wenn die Einfuhr von Lebensmitteln sinkt, ist es dem Finanzkapital leichter möglich, durch Ausfuhrüberschüsse die Reparationsbeiträge an das Auslandskapital zu bezahlen und selber Kapital auszuführen.

Die gesteigerte Konkurrenzfähigkeit des Finanzkapitals wird aber nicht nur erkauft mit verstärktem Glend, sondern bringt auch der Arbeiterschaft immer weiteres wachsendes Elend. Und die übrigen imperialistischen Mächte organisieren eine Offensive gegen ihre eigene Arbeiterschaft, verschärfen ihre imperialistische Aktivität, um ihre Konkurrenzstellung zu verbessern.

Der nächste „Ausweg“, den die Finanzkapitalisten aus diesem Dilemma für sich erhoffen, ist die Erweiterung des kapitalistischen Weltmarktes und die Erschließung neuer Anlagemöglichkeiten durch den gemeinsamen imperialistischen Krieg gegen die Sowjetunion, während die eigene Arbeiterschaft durch die kapitalistische Diktatur niedergehalten wird. Der „Ausweg“ für die Arbeiterschaft ist nur der revolutionäre Massenkampf für die Diktatur des Proletariats und den Sozialismus gegen den Sozial- und Nationalimperialismus.

Rund um den Erdball

Die Schüsse auf Bischof Smith

„Religiös geprägte Geisteskrankheit“

Der päpstliche Richter spricht Smith frei und erklärt seine Freundin für geisteskrank

Am 24. November des vergangenen Jahres hatte die Schwedin Gudrun Kamstad während der Messe im Petersdom zu Rom drei Schüsse auf den Bischof Smith abgegeben, die alle fehlgingen. Fräulein Kamstad war daraufhin entlassen und im Vatikan festgehalten worden. Wie sich später herausstellte, hatte der Bischof Smith während seiner Tätigkeit als apostolischer Vikar in Schweden Fräulein Kamstad kennengelernt, sie reichlich beschenkt und später mit nach Rom genommen. Dort brachte er sie in der Familie eines Rechtsanwaltes unter.

Da bekanntlich den katholischen Geistlichen jeder sexuelle Verkehr verboten ist, hatte der Vatikan nach der Tat Fräulein Kamstad sofort als geisteskrank erklärt und wollte sie nach Schweden abschieben. Aber Fräulein Kamstad beharrte sich durchaus nicht als Geistesranke. Als sie nach den Gründen für ihre Tat gefragt wurde, erklärte sie frei und offen:

„Frägt den Bischof, er kennt sie!“

Daraufhin mußte von dem Richter des Vatikan das Verfahren gegen Gudrun Kamstad eingestellt werden; während Bischof Smith vorläufig das Nachsehen entzogen wurde.

Jetzt veröffentlicht das norwegische Katholikenblatt „Sankt Olaf“ den Bericht des Vatikan in der Angelegenheit Smith-Fräulein Kamstad. Das Urteil des päpstlichen Richters kempelt Fräulein Kamstad auf Grund göttlicher Einsicht zu einer Geisteskrankheit, während Bischof Smith in blütenweißer Keilheit aus der Affäre hervorgeht.

Aus dem

Urteil des Richters

entnehmen wir folgendes:

Verschiedene Umstände haben den Richter daran zweifeln lassen, daß der Geisteszustand Fräulein Kamstads normal sei. Diese Zweifel seien durch das Verhalten der Angeklagten während der Verhöre, durch den Besitz verschiedener medizinischer Präparate, wie Veronal, Bromsalz (!) und Morphinum und schließlich durch den Charakter der bei ihr vorgefundenen Korrespondenzen und Aufzeichnungen gemehrt worden. Diese Aufzeichnungen stellten zum Teil Bruchstücke norwegischer Poesie dar, zum Teil seien sie erotischer Natur, kurz ein Mischung von Religion und Leidenschaft, ein Zeichen eines psychopathischen Charakters, der leicht für Eindrücke von außen empfänglich sei und leicht Beute der verschiedenartigsten Gefühle und Illusionen werde.

Was das Verhalten von Bischof Smith zu Fräulein Kamstad angehe, so könne mit gutem Gewissen festgestellt werden, daß die gerichtliche Untersuchung nichts ergeben habe, was zu der Vermutung Anlaß gäbe, daß Bischof Smith in seinem Verhalten zu Fräulein Kamstad die ihm durch sein geistliches Amt gezogenen Grenzen überschritten habe.

Zum Schluß wird festgestellt, daß man aller Wahrscheinlichkeit nach Fräulein Kamstad als

religiös geprägter Geisteskrankheit

verfallen bezeichnen müsse.

Bischof Smith hat darnach Befähigungsnachweis geliefert, vom Weißen Kreuz als Ehrenmitglied aufgenommen und vom Papste heilig gesprochen zu werden.

Der Chef verbietet den Bubitopf —

und droht jeder Trägerin fristlose Entlassung an — Firma Holzmann, Berlin, will jedem Arbeiter die Knochen kaputt schlagen, der die Wände beschreißt

In der schwarzen Tafel einer Fabrik im Vogtland war vor kurzem folgende Bekanntmachung der Direktion zu lesen:

„Trotz unserer Warnung hat sich eine unserer Arbeiterinnen einen Bubitopf schneiden lassen. Wie in derartigen Fällen, so war wohl auch hier der Wunsch der Vater des Gedankens, Sensation, also Aufsehen zu erregen. Das hat sich denn auch heute früh beim erstmaligen Erscheinen dieser Arbeiterin in unserer Fabrik gezeigt. Für den Fall, daß sich die durch diese Arbeiterin in unserem Betrieb hineingetragene Unruhe nicht schnellstens legen sollte, behalten wir uns vor,

dieser Arbeiterin zu kündigen

und die Kündigung auch gegen eine andere, ebenfalls Bubitopf tragende Arbeiterin auszusprechen, deren Einstellung seinerzeit erfolgt ist, ohne daß wir Kenntnis von dem Vorhandensein des Bubitopfes hatten.

Wir warnen hierdurch Arbeiterinnen auf das Eindringlichste.

Wir werden von jetzt ab

jede Arbeiterin fristlos entlassen,

die sich einen Bubitopf schneiden läßt.“

Ein Gegenstück zu diesem Verhalten des jüdischen Fabrikanten ist eine Bekanntmachung, die die Berliner Kaufirma Philipp Holzmann an ihren Hauptplätzen anbringen läßt:

„Bekanntmachung.“

Wir machen unsere Arbeiter und Angestellten darauf aufmerksam, daß wir unsere Wächter beauftragt haben, jedem die Knochen im Reibe kaputt zu schlagen,

der dabei betroffen wird, wenn er Fenster, Türen, Wände usw. betritt, beschreißt oder beschmieret. Für Schmerzensgelder kommt die Firma in solchen Fällen nicht auf.

Die Direktion:
gez. Dr. Schurik.“

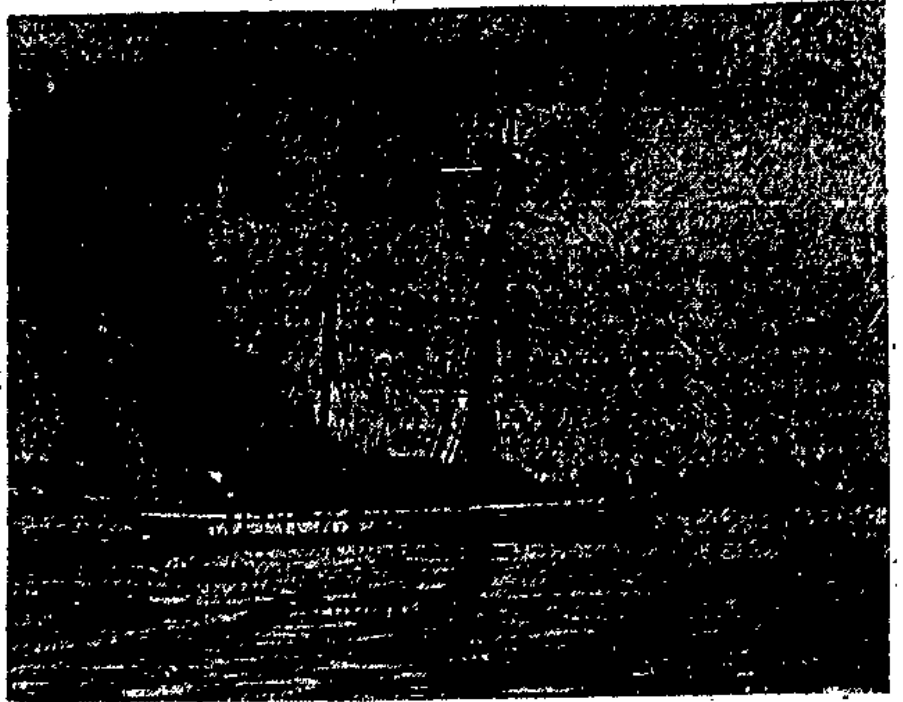
Abgesehen davon, daß diese Bekanntmachung der Firma Holzmann vollkommen ungeheuerlich ist und dem Staatsanwalt Veranlassung geben müßte, gegen eine Firma, die unverblümt Gewalttätigkeiten gegen Arbeiter anordnet, vorzugehen, sind diese beiden Beispiele der Beweis für die ungeheuerliche Unternehmerrückständigkeit, für die Brutalität der faschistischen Methoden, die in den deutschen Betrieben angewandt werden.

Das Insterburger Autobusunglück

Königsberg, 6. Januar. Bei den weiteren Verhandlungen zur Aufklärung des schweren Autobusunglücks am Bahnübergang bei Insterburg—Sprindt hat der Schrankenwärter Fiedler gestanden, daß er in dem Augenblick, als der Autobus mit dem Zuge zusammenstieß, noch in seiner Wohnung gewesen sei und mit seinen Söhnen Glühwein getrunken habe. Angetrunken sei er nicht gewesen, da sie erst das erste Glas eingegossen hätten. Sie seien hinausgestürmt, als das Unglück geschehen war. Er sei dann in der Wärturbude zu Boden gefallen und ohnmächtig liegen geblieben.

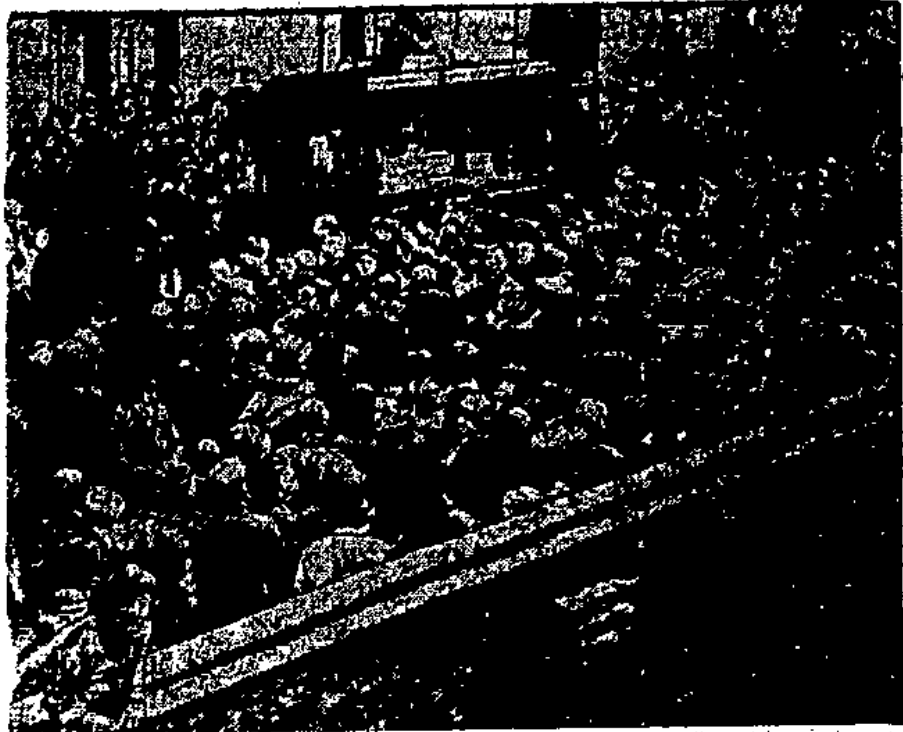
Die Antisowjetfront beim „Frühstück“

Zu Ehren der deutschen Delegation gab Briand im Haag ein Frühstück. Auf der linken Tischseite, von links nach rechts: Außenminister Curtius, Ministerpräsident Lerdner und die beiden Finanzminister Moldenhauer und Cheron. Auf der rechten Tischseite, von rechts nach links: Reichswirtschaftsminister Schmidt, Außenminister Briand, Reichsminister Wirth und Staatssekretär Schubert.



Der Brand des Carnegie-Schiffes

Die seinerzeit bereits berichtet, ist das berühmte sogenannte unmagnetische Forschungsschiff des Carnegie-Institutes im Hafen von Apia auf Samoa durch einen plötzlich ausbrechenden Brand zerstört worden. Das Schiff war gänzlich ohne Eisen erbaut, um magnetische Störungen zu vermeiden. Jetzt ist auch das erste Bild vom Brande nach Europa gelangt



Das Begräbnis der Opfer des Rinsbrandes in Paititi

Die Lungenpest in Tunis

Bisher 39 Tote, über 300 Erkrankte

Die offizielle Agentur der französischen Regierung „Sava“ hatte am Sonnabend die Meldung verbreitet, daß die Pest in Tunis so gut wie erloschen sei und sich übrighens „nur“ unter einem eingeborenen Stamm ausgebreitet habe.

Die Lügenhaftigkeit dieser Darstellung ergibt sich aus einem Bericht der italienischen Zeitung „Stampa“. Nach diesem Bericht sind bisher der Lungenpest 39 Personen zum Opfer gefallen. Im Lazarett von Rabat wurden über 300 Personen mit verdächtigen Krankheitsercheinungen isoliert.

Die Schulen mußten geschlossen werden.

Die ersten Pestfälle, die sich unter den tunesischen Arabern ereigneten, sollen darauf zurückzuführen sein, daß die Araber mit Landsleuten in Matmata in Südtunesien verkehrt haben sollen, wo ein Einfall von pestkranken Mäusen die Ernte beschädigt haben soll.

Der Richterstandal in Neuyork

Die Verbrecher beantragen Haftbefehl gegen den Polizeichef

Wir berichteten vor einigen Tagen über den Standal des Richters Bitale in Neuyork, der das Haupt einer Mörderbande ist. Der Bürgermeister Walker von Neuyork dagegen hält Bitale für unschuldig. Der Polizeichef von Neuyork, Whalen, hatte vergeblich versucht, einige Mitglieder des Mörderklubs zu verhaften.

Jetzt wird aus Neuyork gemeldet, daß der Rechtsanwalt des sogenannten demokratischen Klubs, wie sich der Mörderverein nennt, gegen den Polizeichef einen Haftbefehl beantragt hat!

Zur Begründung für diesen Antrag wird angeführt, daß Whalen unrechtmäßig in die Räume des Klubs eingedrungen sei und sich verschiedene Gegenstände, insbesondere die Mitgliederlisten angeeignet habe.

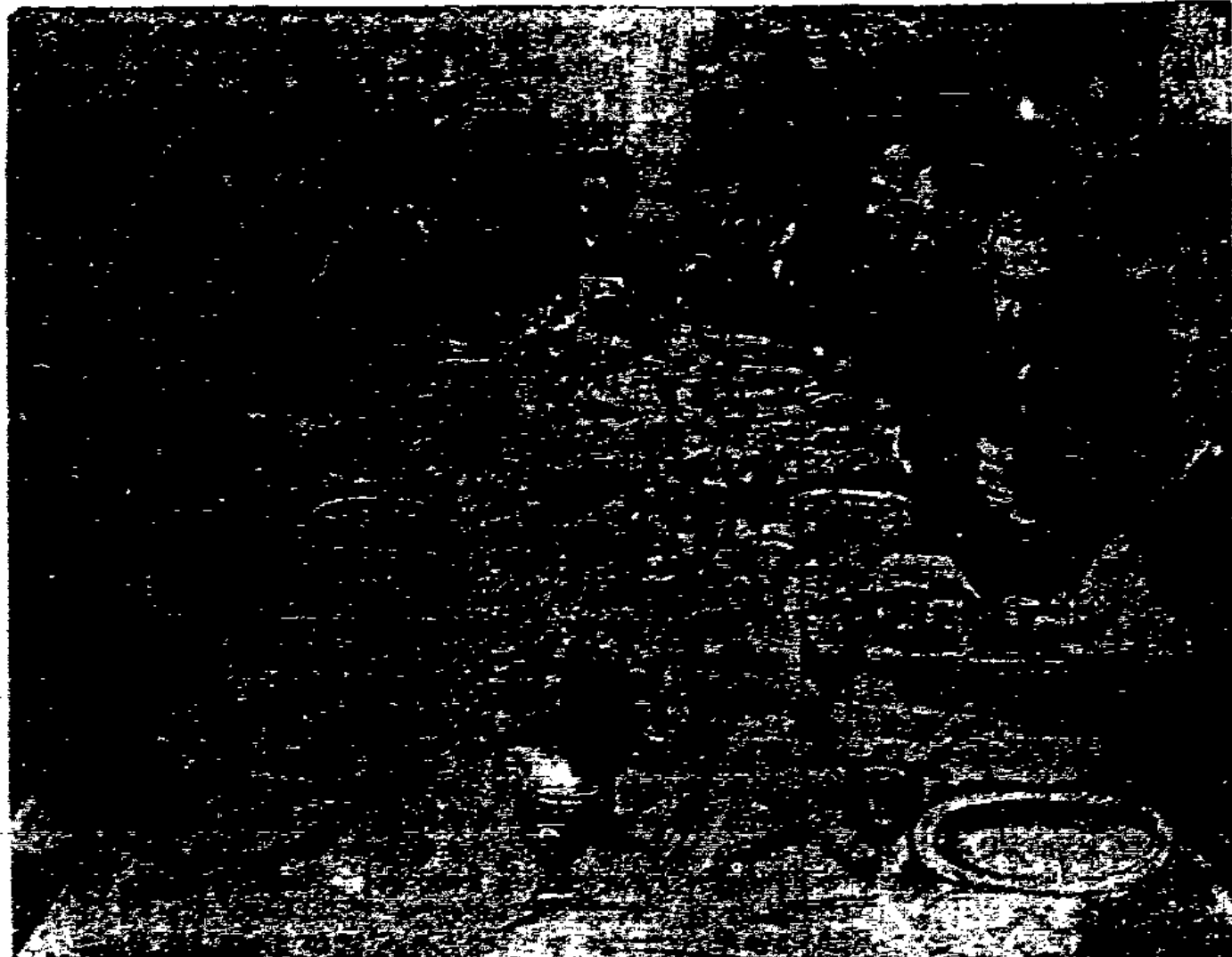
Zwei Todesopfer durch Spritexplosion

Im Spritwerk der Tridwerke in Kehl ereignete sich am Sonntagabend in der Abteilung Spritwerk eine schwere Explosion. Durch den Luftdruck wurden im Werk und in der näheren Umgebung zahllose Fenster Scheiben zertrümmert.

Drei Arbeiter wurden schwer verletzt.

Im Laufe der Nacht starb der 40jährige Spritmeister Bruber am Montag früh der 29jährige H. Kaude.

Die Explosion erfolgte im Hauptraum des Spritwerks eine 4000 Liter Methyalkohol enthaltende Testkammer in die Luft flog.



Breslau

Wehe, wenn sie losgelassen...

Die Furie des Lokalpatriotismus nämlich. Dann wagt sie durch die Klätter des unartigen Breslauer Zeitungswalzes; dann haut sie, daß es einen Stein sammern könnte und will ihr Opfer haben. Und meist findet sie es.

Vor einigen Monaten war es Frau Moljahn, nebenbei gesagt, „Dame der Gesellschaft“, die in einer Berliner bürgerlichen Zeitung zwar etwas freudig, aber an sich nicht unberechtigt Klagen über Breslau geschrieben hatte. Das „Breslauer Volk“ stand auf, der Sturm brach los. Eine ganze Stadt geriet unter den Würdevortzugskomplex.

Jetzt ist wieder etwas Ähnliches passiert. Ein sogenannter Kunstkritiker, ein Herr Meier-Gräfe, hat etwas über Breslaus Kunstleben geschrieben. Gewiß nichts Schmalkelhaftes, wenn auch reichlich harmloses. Aber das genügt der „Schlesischen“. Mit rollenden Augen, gedücktem Federhalter und der nötigen Portion persönlicher Schimpfbomben in der Gefäßtasche, stürzen sich die Wähler unserer Lokalmagazinellen Belange auf Herrn Meier. Wann wird die „Breslauer Zeitung“, wenn der Generaler, wenn die fromme Volkstante, wenn nicht der Chor der auf die Breslauer Schmeißfische Getretenen einstimmen? Wann wird Hadfeldisch und Blutwurst gemacht? Immer ran, es gilt, sich lächerlich zu machen!

Die Stadt bezahlt klerikale Hehe

Vor kurzem ist eine Wordnung der Breslauer Schulverwaltung auf Kosten der Stadt Breslau in Wien gewesen, um die dortigen Schulen zu besichtigen. Diese von den Steuerzahlern bezahlte Reise haben einige Teilnehmer dieser Delegation nachträglich zu einer wüsten Agitation für das katholische Minderstum und gegen die Freidenkerbewegung benutzt. Die „Katholische Schulzeitung“ schreibt dazu:

„Die tragische Schuld Österreichs auf dem Gebiete der Schule sieht der Berichtsteller darin, daß es durch fast 60 Jahre, durch drei Generationen, die lähmende Erziehung der Simuliranschule, mit zwei Dritteln freikundiger Lehrer duldet, so daß das gute katholische Volk in Glaubensgleichgültigkeit und in ständiger Lethargie gezogen wurde, das seinen Weg vom Liberalismus zum Sozialismus nahm und beim Neuhumanismus und der sogenannten Freidenkerlei landete. In diesem Sinne kann uns Österreich abschrecken des Beispiel sein.“

Dazu also schickt man Breslauer Lehrer in der Weltgeschichte herum, damit sie für unser Geld nachher religiöse Propaganda betreiben. Auch diese Minderrechtigkeit ist ein Beweis für das Vorwärtsbringen der Kulturreaktion, die unter stärkster Förderung der sozialdemokratisch-bürgerlichen Koalitionsregierung sich bereits jetzt wieder als Les herausnehmen darf. Abgesehen davon, daß das „rote“ Wien so milde mit der Religion verfahren ist, wie man es sich nur denken kann.

Schwerer Verkehrsunfall auf dem Königsplatz

Gestern Montag stießen am Königsplatz ein Verkehrsomnibus mit einem Motorrad zusammen. Motorradfahrer und Mitfahrer wurden schwer verletzt, so daß beide in das Merheilighospital geschafft werden mußten. Beide sind noch jetzt ohne Bewußtsein.

Stadtverordneten-Vorlagen

Auf der Tagesordnung für die Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung am Donnerstag, dem 9. Januar, stehen u. a. folgende Vorlagen: Bericht über die Geschäftsführung der Stadtverordneten-Versammlung für 1929; Einstellung von Kanalbaukosten in den Haushaltsplan der Kanalisationswerke für 1930; Anstellung des früheren Bürgermeisters von Deutsch-Wissa als Magistratsrat; Anstellung von 13 Oberstadtschreibern in Eingangsstellen der Besoldungsgruppe 4b 2 usw.; Aenderung der Satzung für das Jugendamt; Weiterbefassung eines Darlehens an die Alltagsgesellschaft Breslauer Zoologischer Garten; Verbesserung der Heizungsanlage im Schulhause Wilhelmsstraße Nr. 1/3; Einbau einer Bedürfniskanal auf dem Schlachthof; Anschluß der Schule in Breslau-Nordost und Breslau-Stadelwitz an das städtische Wasserrohrnetz; Nachbewilligung einer Erhöhung der städtischen Beiträge für Kostenträgerarbeiten im Ostpark; Bildung einer gemischten Deputation zur Prüfung der für die Vereinigten Theater, die Oper und die Schlesische Philharmonie erforderlichen Maßnahmen; Abschluß einer Bauversicherungsversicherung gegen Einbruchdiebstahl für die gesamte städtische Verwaltung usw.; Dedung von Mehrausgaben bei der Bauverwaltung; Ueberlassung von Gelände an der Pfaffenstraße an die Siedlungs-gesellschaft Breslau N.O. zu Erbbaurecht; Antrag des Stadtverordneten A. D. betr. Mieterhöhungen in den Siedlungswohnungen usw.

Kommunistische Stadtverordnete

Morgen, Mittwoch, 10 Uhr, im Lokal Ottostraße 9, Sitzung. Alle zugeteilten Genossen müssen erscheinen.

Die I.I.I.-Feier

findet Donnerstag, 16. Januar, in den Zentralkaisbahnen, Westendstraße 50/52, statt. Aus dem Programm: Musikverein „Harmonie“, Sprechchor der „Ja“, Ansprache, Parole von den Vereinigten Theatern Breslau rezitiert. Beginn 20 Uhr. Eintritt 50 Pfg., Erwerblos 25 Pfg. Vorverkaufsstellen: „Arbeiter-Zeitung“, Trebnitzer Straße 50, Buchhandlung, Feldstraße 50, sowie bei allen Funktionären.

Sieben sozialdemokratische „Prominente“ als Betrüger entlarvt

Korruptionskandal im Konsumverein „Vorwärts“ — Abteilungsleiter steckt mit Lagerhaltern unter einer Decke

Breslau, 7. Januar.

Aus dem Konsumverein „Vorwärts“ werden heftige Dinge bekannt. Im Dezember war man großen Unregelmäßigkeiten eines der maßgebendsten Angestellten, eines Abteilungsleiters, auf die Spur gekommen. Allmählich wurde klar, daß der Betreffende seine Komplizen haben mußte. Es wurden Revisionen in den Lägern vorgenommen, und siehe da — bisher wurden nicht weniger als sechs Lagerhalter festgestellt, die mit dem Abteilungsleiter unter einer Decke stecken und gemeinschaftlich mit ihm die Arbeiter, die Mitglieder des „Vorwärts“ sind, bis zu 7000 Mark betrogen. Selbstverständlich sind alle sieben Schurken Sozialdemokraten. Es ist anzunehmen, daß die Revisionen in den anderen Lägern ebenfalls noch einige Ueberraschungen bringen werden.

Was wird die „Volkswacht“ heute schreiben? Sicher hat man am Frändelplatz die Antwort auf unsere gekrigte Forderung, daß die einzigen Delle, die heute noch Sozialdemokraten ins Gefängnis bringen, Eittlichkeitsverbrechen und Unterschlagungen von Arbeitergelbern sind, nach dem Bekanntwerden des neuen Korruptionskandales ein klein wenig „gemildert“. Nicht wahr, „Volkswacht“? Wo es doch noch so nette andere Dinge auszulandern gibt. Neben dem „Vorwärts“-Sumpf, auf den wir selbstverständlich noch zurückkommen, z. B. eine kleine Enthüllung über den Holzarbeiterverband? Wie steht es damit? Will die „Volkswacht“ etwa darüber selbst die Karten aufdecken? Aber nein! Die Korruptionsverteidiger vom Frändelplatz werden schweigen. Schadet nichts. Wir werden reden!

Was wird mit den Breslauer Theatern?

Zusammenlegung des Schauspiel-Opernverband?

Vorläufig ein „Ueberbrückungskredit“ geplant

Nachdem wir als erste Breslauer Zeitung Mitteilungen über die Finanzlage der Breslauer Theater — der Vereinigten Theater, des Stadttheaters und der Philharmonie — gemacht hatten, haben in der Zwischenzeit alle anderen Breslauer Tageszeitungen zu den geforderten neuen Theaterzuschüssen Stellung genommen. Damit ist als erstes einmal verhindert worden, daß über diese Angelegenheit hinter den Kulissen der Dementlichkeit verhandelt und beschlossen wurde. Daß dieses unser Eingreifen notwendig war, geht schon aus der Höhe der geforderten Summe — es handelt sich um mindestens 420 000 Mark — hervor. Offenbar sind selbst den anfänglich zum Bewilligen geneigten Kreisen der Breslauer Stadtverordnetenversammlung — und das waren die Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten — doch Bedenken gekommen, wegen der Auswirkung einer Zustimmung zu den Forderungen der genannten Institute. Man stelle sich vor: Während man auf alle Forderungen der Erwerbslosen nach einer Winterhilfe nur die stets gleichbleibende Antwort: Wir haben kein Geld — hatte, wäre man hier z. B. der Oper, die bereits 680 000 Mark für dieses Spieljahr bekommen hat, mit weiteren 280 000 Mark, zu denen noch die 60 000 Mark für das Orchester kommen wären, beigeprungen. Nirgends ist doch so deutlich, wie gerade bei der Breslauer Oper, daß dieses Institut zu nichts anderem, als zur Befriedigung des Amüsterbedürfnisses der „besseren Kreise“ dient. Der Ausweg, den man gefunden hat, soll nun darin bestehen, daß vorerst bis zum 1. April ein sogenannter Ueberbrückungskredit beschafft werden soll, den man ange-

lich von privater Seite erhalten will. Inwiefern von dem Ausgang dieser Finanzverhandlungen Weggang oder Verbleiben einer Reihe bisheriger Kräfte der hiesigen Theater beeinflusst werden wird, steht noch nicht fest.

Im übrigen tauchen im Zusammenhang mit der Finanzkrise der Breslauer Theater eine ganze Anzahl neuer Projekte über Umstellung des hiesigen Theaterbetriebes auf. Unter anderem wird folgender Plan ernsthaft ins Auge gefaßt: Da eine der hauptsächlichsten Belastungen der Vereinigten Theater in der außerordentlich hohen Pacht für die beiden Häuser in der Lessingstraße und am Markt liegt, sollen die Vereinigten Theater möglicherweise ihr neues Domizil im Stadttheater auf der Schmeißfischer Straße aufschlagen. Andererseits will man die Breslauer Oper und einige Opern der Provinz zu einem Opernverbande zusammenschließen. Dieser Opernverband soll an vier bis fünf Abenden in Breslau und an zwei bis drei Abenden abwechselnd in der Provinz spielen. Und zwar würden, wenn dieses Projekt zustande käme, die Opernaufführungen in Zukunft im Schauspielhaus auf der Theaterstraße stattfinden, da angeblich die Rotter, die seit einigen Monaten dort spielen, bisher nicht in Breslau die erwarteten Geschäfte gemacht haben und geneigt wären, von dem Theater gegen eine entsprechende Summe, die bei der Rotterischen Geschäftsbüchigkeit gewiß nicht klein wäre, zurückzutreten. Inwiefern dieser Gesamtplan Aussicht auf Bewirklichung hat, ist vorläufig noch nicht genau zu übersehen, aber er wird, wie gesagt, ernsthaft in Betracht gezogen.

Zum Kindesleichenfund. Wie gestern berichtet, wurde auf dem Müllabladepark Wiesenstraße die Leiche eines neugeborenen, ausgetragenen Kindes männlichen Geschlechts aufgefunden. Nach der vorgeschrittenen Verwesung zu urteilen, liegt die Geburt ungefähr drei Wochen zurück. Die Leiche war eingeschlagen in ein weißes Damen-trägerhemd mit Stidereieinfaß.

Straßenunfall. Heute früh, um 7,15 Uhr, wurde am Ring, Ecke Büchlerplatz, der Maler Franz L., Bergstraße wohnhaft, von einem Radfahrer, dem Zimmermannslehrling Paul L. aus Sojtel, umgefahren und schwer verletzt. Er mußte in das Merheilighospital übergeführt werden.

Schlaganfall in der Straßenbahn. Gestern abend, kurz vor 23 Uhr, erlitt der Steuerinspektor Georg M. von der Westendstraße auf der Straßenbahn, Linie 5, einen Schlaganfall. Er wurde mit einem Krankenwagen nach dem Merheilighospital geschafft, wo der inzwischen eingetretene Tod festgestellt wurde.

An seinen Verletzungen verstorben ist der kürzlich auf der Frankfurter Straße von der Straßenbahn überfahrene Oberpostkassierer D. P. H.

Rückwärtsloser Motorradfahrer. Am Montagmittag wurde auf der Kaiser-Ecke Uferstraße der Radfahr Bauarbeiter Fritz R. von einem unbekannten Motorrad angefahren, so daß R. stürzte und Verletzungen am linken Bein und der rechten Hand davontrug.

Immer wieder Steuerhinterziehungen. Wegen Vergehens gegen die verschiedenen Steuergesetze, insbesondere wegen Steuerhinterziehung und Nichtbeachtung der Lohnsteuerbestimmungen, ist im vierten Vierteljahr 1929 gegen 45 Steuerpflichtige auf Geldstrafen von 10 294 Mark rechtskräftig erkannt worden. Außerdem sind auf Grund der Strafverfahren erhebliche Beträge an Nachsteuern erhoben worden.

Vorgetäuschter Raub. Die Ermittlungen über den angeblichen Raubüberfall auf eine fünfzehnjährige Schülerin am Baschtich haben ergeben, daß weder ein Ueberfall noch ein Diebstahl vorliegt. Die fragliche Schülerin ist mit zwei Freundinnen im Stadtmuseum und anschließend am Baschtich spazieren gegangen. Hier trafen die drei einige junge Männer, mit denen zusammen sie sich längere Zeit unterhielten. Bald darauf bemerkte die Geschädigte den Verlust ihrer

goldenen Damenuhr nebst Lederarmband. Trotz sofortigen Aufsuchens konnte die Uhr nicht gefunden werden. Da der Schnallenverschluss sehr locker war, hat sie die Uhr mit großer Wahrscheinlichkeit verloren. Zweifellos haben die Ermittlungen ergeben, daß Beraubung oder Diebstahl nicht in Frage kommt.

Vorsicht Hauslieferanten! Ein etwa 25-26jähriger Mann hat sich anheißig gemacht, einem Arbeiter eines Brennholzgeschäftes beim Ausladen von Brennholz behilflich zu sein, das einem Wohner zu liefern war. Als der Arbeiter nach beendetem Einräumen des Holzes die Rechnung vorlegte, stellte es sich heraus, daß der Betrüger den Betrag von 14,50 Mark bereits einliefert hatte. Der Schwindler ist klein, unterseht und hat rundes, volles Gesicht.

Achtung Freidenker! Die nächste Mitgliederversammlung der Ortsgruppe Breslau findet am 15. Januar, um 20 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses statt. Mitgliedsbuch oder Quittung berechnigen zum Eintritt. Außer dem Geschäftsbericht und den Vorstandswahlen erweckt noch besonderes Interesse die Wahl von Delegierten für die Unterbezirkskonferenz. (Man beachte die Präferate in den nächsten Tagen.) Wir machen unsere Mitgliedschaft aufmerksam auf die Wiederholung des Sozialdramas „Die Friedensglocken“ von Willy Biegler. Für die Aufführungen vom 5. bis 12. Januar, ausschließlich dem 11. Januar, im Schlegelwerder, sind Karten im Vorverkauf in den Zahlstellen Behring, Mariannenstraße 3, und bei Wunderlich, Büchlerstraße 8, zu haben.

Heute Sprechproben der „Ja“ pünktlich 19,30 Uhr in der „Bratislavia“. Alle Genossen und Genossinnen müssen erscheinen. Volksbühne. Zu den letzten Aufführungen des Dramas „Die andere Seite“ im Thalia-Theater erhalten alle Mitglieder in der Geschäftsstelle, Albrechtsstraße 32, Gastkarten zum Einzelpreis von 1,70 Mark.

Schauspielhaus. „Die Bajadere“ mit Eske Rothmann und Walter Janduhn bleibt nur bis Freitag auf dem Spielplan. Mittwoch 16 Uhr gelangt das Kindermärchen „Rübezahl“ zur Aufführung. G. Eigenlaub 1910. Mittwoch alle Mitglieder in der Turnhalle 2, Pfetschstraße. Sonnabend, 11. Januar, laden wir alle Interessenten und Freunde des Vereins in den „Preußischen Hof“ nach Dömitz ein. Einlaß um 19 Uhr. Vollständige Eintrittspreise.

Versammlungskalender

- Kommunistischer Jugendverband**
- Breslau
- Bes. Dienstag 8.10.30 Uhr. Geld und Bücher mitbringen.
- Bes. Mittwoch 20 Uhr Gruppenabend im „Eisenberg“, Sultzeistraße. Mitgliederkontrolle. Jeder Genosse hat zu erscheinen.
- Jugend-Partisanen-Bund**
- Breslau
- Bes. Dienstag 12 Uhr Gruppenabend im „Anglerheim“, Reutchenstraße. Alle Mitglieder müssen erscheinen.
- Rotter Frauen- und Mädchenbund**
- Breslau
- Mittwoch 20 Uhr Versammlung im „Roten Löwen“. Rollen mitbringen. Reiner darf fehlen.
- Sonstige Organisationen**
- Breslau
- Arbeiterkassen. Heute von 20-22 Uhr Uebungsschließen bei Melmann, Antonienstraße 2. Dienstag, 14. Januar, Generalversammlung.
- Freisinn. Metzlarbeiter-Jugend. Mittwoch 19,30 Uhr im Jugendheim. Besprechung. Alle Jugendfreunde müssen erscheinen.

KUNDGEBUNG GEGEN DIE NEUEN TERRORGESETZE

Es spricht:
Ottomar Geschke, MdR., Berlin
Mitglied des Rechtsausschusses des Reichstages
Sprechchor und Rezitationen:
Vera Spohr, Hermann Kuer, Wilhelm Malten
von den Vereinigten Theatern, Breslau
Eintritt: 50 Pfennig, Erwerblos 15 Pfennig

am Freitag, dem 10. Januar 1930, 20 Uhr
im „Zentral-Ballsaal“, Westendstraße 50
Antreten der Organisationen an den bekannten Sammelplätzen um 19 Uhr
Rote Hilfe Deutschlands u. „Ja“

Waldenburger Bergland

Höhere Leistung — niedrigere Löhne!

Zum Lohnkampf der niederschlesischen Bergarbeiter

Auf der Revierkonferenz für Niederschlesien, die den Beschäftigten, die Lohnsätze für das niederschlesische Revier am 1. Januar 1930 zu kündigen und ab 1. Februar eine Lohnerhöhung durchzuführen, forderte die Opposition, daß gleichzeitig eine Forderung aufgestellt werde, in der klar gesagt würde, um wieviel die Löhne erhöht werden sollten. Die Opposition verlangte eine Erhöhung des Pauerdurchschnittslohnes von 7,10 auf 8,60 Mark pro Schicht, und eine Reduzierung des Mindestlohnes und Zimmerhauerlohnes von 7,50 Mark pro Schicht unter entsprechender Erhöhung der übrigen Schichtlöhne.

Die Bürokratie der Bezirksleitung des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter bezeichnete diese Forderungen als unsinnig, als nicht zu verwirklichen, als Ausdruck kommunistischer Demagogie. Dies geschah nicht nur auf der Revierkonferenz, sondern auch in Tagungen und Delegiertenversammlungen wittern die Steinhauer, Hüttenleute und Besatzungen gegen die Forderungen der Opposition und erklärten sie als unsinnig.

Warum geschieht dies? Sind die Forderungen der Opposition, ein Lohn von 8,60 Mark pro Schicht für den Hauer in Niederschlesien zu hoch? Leben die niederschlesischen Bergarbeiter jetzt so üppig, daß, wenn eine Erhöhung ihrer Löhne von 7,10 Mark auf 8,60 Mark erfolgen würde, sie dann die Lust zur Arbeit verlieren würden?

Diese Frage können wohl die Bergkumpels selbst am besten beantworten. Wir glauben nicht nur, sondern wir sind der festen Überzeugung, daß selbst ein Lohn von 8,60 Mark pro Schicht nicht ausreicht, um die Lebenshaltungskosten auch nur halbwegs bestreiten zu können. Wir sind auch fest überzeugt, daß die Sekretäre des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter, die die Lohnforderungen als unsinnig bezeichneten, selbst nicht von 8,60 Mark täglich leben, sondern daß ihr Einkommen weit höher ist. Um aber eine wirkliche Erhöhung der Bergarbeiterlöhne zu verhindern, und ihrem Parteifreund Wiffell einen günstigen Boden für die Fällung eines Schiedspruches, der vielleicht 15 oder 20 Pfennig Lohnerhöhung bringen wird, zu schaffen, wird diese infame Hege gegen die berechtigten Forderungen der Opposition betrieben.

Wie liegen die Lohnverhältnisse im Waldenburger Revier im Vergleich zu anderen Revieren? Nach der letzten Lohnstatistik betragen die Löhne für Hauer und Besatzungen im September 1929:

im Ruhrgebiet 9,90 Mark, in Oberschlesien 8,96 Mark, im Ruhrrevier 8,85 Mark, in Sachsen 8,30 Mark, in Niederschlesien 7,11 Mark.

Im Durchschnitt der Gesamtbelegschaft zeigt sich folgendes Bild: Ruhrgebiet 8,58 Mark, Oberschlesien 6,55 Mark, Ruhrrevier 7,77 Mark, Sachsen 7,61 Mark, Niederschlesien 6,31 Mark.

Der Hauerdurchschnittslohn genau so wie der Lohn im Durchschnitt der Gesamtbelegschaft ist in Waldenburg am niedrigsten von allen Steinschlesienrevieren. Gegenüber dem Ruhrrevier ist der Hauerlohn um 2,79 Mark niedriger und der Durchschnittslohn der Gesamtbelegschaft um 2,27 Mark. Gegenüber Oberschlesien ist der Hauerlohn in Waldenburg um 1,55 Mark und gegenüber dem Ruhr-

revier um 1,74 Mark, und selbst gegen das sächsische Revier um 1,10 Mark niedriger. Ähnlich liegt es mit dem Durchschnittslohn der Gesamtbelegschaft.

Mit welchem Recht verlangt die Verbandsleitung von den niederschlesischen Bergarbeitern, daß sie billiger arbeiten sollen als ihre Kameraden in Oberschlesien, in Sachsen, im Ruhr- und Ruhrgebiet? Können sich die Bergarbeiter für ihren Lohn in Waldenburg mehr laufen als die in Sachsen oder Oberschlesien? Genau das Gegenteil ist der Fall. Nach der Preisstatistik des Reiches ist Waldenburg mit die teuerste Stadt in Deutschland.

Aber, sagt die Bürokratie des Verbandes, in Niederschlesien sind die wirtschaftlichen Verhältnisse der Bergbauindustrie schlechter. Die Gruben sind unrentabler als anderswo, die Kohle ist schlecht abheubar, fordern wir höhere Löhne, denn legen die Grubenherren still, die Bergarbeiter werden arbeitslos. Dieses Märchen predigt man seit Jahren den niederschlesischen Kumpels. Wie liegen die Dinge aber in Wirklichkeit? Millionensummen haben die niederschlesischen Grubenmagnaten vom Staat und vom Reich erhalten, um die Rationalisierung zu fördern. Als ihnen Millionen über Millionen gegeben wurden, erklärten die Verbindungsleiter: „Nun, Kumpels, seid nur still, wenn mit Hilfe dieser Millionen die Rationalisierung durchgeführt ist, dann kommt ihr an die Reihe, dann erhaltet ihr Lohnerhöhung.“ Jetzt ist die Rationalisierung zum großen Teil durchgeführt. Brutal und rücksichtslos wird das letzte aus den Bergarbeitern herausgeholt. Die Förderung ist von 460 000 Tonnen Ende 1926 auf 504 000 Tonnen im Monatsdurchschnitt 1929 gestiegen.

Die Leistung des einzelnen Arbeiters pro Kopf und Schicht ist von 770 Kilogramm im einzelnen Quartal 1927 auf 850 Kilogramm im zweiten Quartal 1929 erhöht worden. Sie steht damit um 180 Kilogramm höher als im sächsischen Steinschlesienrevier, wo die Leistung pro Kopf und Schicht nur 670 Kilogramm beträgt.

Die Leistung in Niederschlesien ist also höher, der Lohn liegt aber um 1,19 Mark niedriger.

Der Enquete-Ausschuß zur Untersuchung der Wirtschaftlichkeit des Steinschlesienbergbaus stellt in seinem Bericht fest, daß es im Steinschlesienbergbau im letzten Jahre gelungen ist, die Selbstkosten gewaltig zu senken und die Erlöse erheblich zu steigern.

Wo bleiben aber die Erfolge der Rationalisierung für die Bergarbeiter? Wo bleibt die versprochene Lohnerhöhung nach Durchführung der Rationalisierung? Wir haben den Bergarbeitern damals, 1927 und Ende 1928, gesagt, daß sie durch die Versprechungen nur betrogen werden sollten. Jetzt bewahrheitet sich das. Wo jetzt die Bergarbeiter eine Lohnerhöhung verlangen, eine Lohnerhöhung, die selbst noch unzulänglich ist, erklären die Verbandsbürokraten, die Forderung auf 8,60 Mark Lohn pro Schicht ist unsinnig, ist eine Demagogie der Kommunisten. Die Bergarbeiter können daran am besten erkennen, daß die Bürokratie gar nicht den Willen hat, eine Erhöhung der Bergarbeiterlöhne zu erkämpfen. Deshalb müssen die Bergarbeiter selbst den Kampf vorbereiten und organisieren.

Nur durch die Schaffung der Einheit aller Arbeiter im Betrieb auf dem Revier selbstgewählter Komitees, kann eine Lohn-

erhöhung durchgesetzt werden. Nur unter Führung der revolutionären „Gewerkschaftsopposition“ und in Verbindung mit den Zielen des „Nationalkongresses der revolutionären Gewerkschaftsopposition“ und der „Kampfkongresse“ für Schlessen werden auch die Bergarbeiter ihre Forderungen durchsetzen können.

Kein Tag ohne mehrere Unfälle

In der Maschinenanlage des Wäschereibetriebes des J. u. S. Schachtel wurde in der Nacht zum Sonntag der 32jährige Schmelzmeister Riedel aus Weißstein bei einer Reparatur von der Krabbelmaschine erfaßt. Der Unglückliche wurde furchtbar verstümmelt. Es wurde ihm der rechte Oberarm und das Schulterblatt ausgehauen; außerdem erlitt er einen schweren Schädelbruch. Den furchtbaren Verletzungen erlag er bald nach seiner Einlieferung ins Krankenhaus. Eine Frau und drei Kinder trauern um den Ernährer. — Auf G. u. S. Schachtel-Friedenshoffnungstraße wurde der Hauswart Meise aus Gottesberg von einer Seilschlinge erfaßt und hundert Meter weit fortgeschleppt. Er erlitt schwere Fuß- und Rückenverletzungen. — In der Nachtschicht verunglückte in der 7. Abteilung G. o. g. s. (Gustavstraße) der Leiharbeiter Heinrich Niepold aus Rothbach. Er wurde am Kopf schwer verletzt und mußte fort nach dem Knappschaftslazarett überführt werden. — In der 24. Abteilung des Bahnschachtes verunglückte der Hauer Wilhelm Haupe. — In derselben Abteilung verunglückte der Schlepper Friedrich Lindner. Er wurde durch herabstürzende Berge am Kopf verletzt und mußte ins Knappschaftslazarett gebracht werden.

Folgen der Autorserei

Auf der Waldenburger Chaussee, kurz vor Liebichau, rannte ein Auto gegen einen Baum. Ein Insasse erlitt sehr schwere Kopfverletzungen. — Als am Sonntagmorgen gegen 11 Uhr der Arbeiter Pante aus Nieder-Salzbrunn im Ortsteil Sorgau, an der Waldenburger Straße, auf seinem Fahrrad von der Hauptstraße in die einbiegen wollte, wurde er von einem hinter ihm herkommenden Motorrad erfaßt. Der Motorradfahrer Ernst Schubert aus Waldenburger-Altwasser und Pante wurden schwer verletzt. Der auf dem Sozius des Motorrades mitfahrende Autoschlosser Anlauf aus Sandberg wurde gegen einen Bordstein geschleudert und blieb mit einem Schädelbruch tot liegen.

Weißstein. Die Generalmitgliederversammlung der Straßenzelle für alle Genossinnen und Genossen aus den Ortsteilen Weißstein, Neu-Salzbrunn und Konradshof findet am Donnerstag, dem 9. Januar, im Gasthof „Zum Hochwald“ um 19 (7,30) Uhr statt. Da besonders wichtige Fragen behandelt werden, ist vollzähliges Erscheinen unbedingt erforderlich. UBL-Vertreter ist anwesend.

Die Generalversammlung der freireligiösen Gemeinde fand dieses Mal im kleinen Saal des Wohlfahrtshauses statt. Des vor einigen Tagen verstorbenen langjährigen Kampfers Fiedler wurde ehrend gedacht. Nach Entgegennahme des Kassenberichtes wurde der bisherige Vorstand mit Ausnahme des Schriftführers wiedergewählt. Diesen Posten erhielt Genossin Freund Haupe. Die völlig unzureichende Tätigkeit der freireligiösen Organisations- und die Doppeltzungigkeit freireligiöser Sozialdemokraten im Abwehrkampf gegen das abgeschlossene katholische und das vorbereitete evangelische Konfessionsbündnis einerseits und andererseits unterzogen. Zwei fassant bekannte Sozialdemokraten gaben sich die größte Mühe, ihre Partei zu verteidigen, was ihnen natürlich infolge der geradezu erbärmlichen Einstellung derselben gegenüber dem Zentrum nicht gelingen konnte.

Niederschlesien

Zugan des Sowjetsterns bei Entlassung verboten!

Artikel 118 der Reichsverfassung sagt: „Jeder Deutsche hat das Recht, seine Meinung durch Wort, Bild und Schrift frei zu äußern.“ An diesem Recht darf ihm kein Arbeits- oder Anstellungsvertrag hindern und niemand darf ihn benachteiligen, wenn er von diesem Rechte Gebrauch macht.“

Anderer Meinung scheinen die Richter des Arbeitsamtes Görlitz zu sein. Vor einiger Zeit wurde ein junger Arbeiter, der Mitglied des kommunistischen Jugendverbandes ist, vom Inhaber der deutschen Druckerei „Görlitzer Nachrichten und Anzeiger“ freigesprochen. Als Grund diente diesem famosen Herrn, daß der Jugendgenosse den Sowjetstern getragen habe. Der Entlassene klagte nun auf Zahlung des Lohnes, das ihm auf Grund der gesetzlichen Kündigung zustand. Das Gericht machte den Vorbehalt gegenüber dem Beklagten, den Genossen wieder einzustellen. Damit wollte auch der Vertreter der klagenden Firma einverstanden sein, machte aber zur Bedingung, daß der Kläger aus dem kommunistischen Jugendbunde austreten müsse. Dieses lehnte der Jugendgenosse selbstverständlich ab.

Nachdem nun durch das Arbeitsgericht einwandfrei festgestellt worden war, daß der Arbeiter auf Grund seiner Überzeugung entlassen wurde, also nach der deutschen Verfassung zu seinem Rechte hätte kommen müssen, wurde dem Kläger nicht etwa die Summe zugesprochen, welche er einklagte, sondern das Gericht wies den Anspruch des Klägers ab. Arbeiter, so sieht das wahre Gesicht dieser vielgeliebten Demokratie aus. Nicht freie Meinungsäußerung, sondern, wenn du anders gemeint bist, als es deinem Arbeitgeber genehm ist, so hat er das Recht, trotz der „freiesten“ Verfassung der Welt dich auf die Straße zu werfen.

Alle Parteigenossen sowie die Genossen der befreundeten Organisationen, die sich an einer Theateraufführung für die Lenin-Feier beteiligen wollen, melden sich bis Mittwoch in der Geschäftsstelle, Punkt 6.

Greiffenberg

Gewerkschafts-Krause bei den Spielern

Spielzeug und Spielzeug,
Schwarzgeld und Schwarzgeld!
Ach, alles eine Peier,
Denn dem Spiel ist zum Tod!

Auch unser „Luter“ Sozial- und Gewerkschafts-Krause hat seinen Weg zu den Spielern gefunden. Früher kam er nur in die Arbeiterkassen, aber jetzt hat sich das geändert. Heimlich, still und leise fällt er jetzt Eingang in den traditionellen Lokalen, z. B. ins Deutsche Haus. Was ist das für eine nationale Frau nicht alles aus ihrem Munde machen kann. Ihre Reden sind über die Arbeiter „Pöbel“ usw., werden wir nie vergessen. Wer jetzt nicht auch unser Krause ist, der langsam dahin, wo seine leuchtenden Bucher, Gesänge usw., schon lange hin. In Gesellschaft von Spielern kommt ein gewissermaßen heimlich, daß die Arbeiter bei Arbeitern. Hinter diesen „Luter“ stehen die anderen

Demagogen und „geistigen Größen“ wie Schäfer, Fritsch, Ohmann usw. Das sind die verhassten Sozial- und größten Kommunistenfreier. Ja, wenn man der Sache auf den Grund geht, hat man es bald gefunden. Es ist ein kleines Geschäft, Sozi zu sein, wenn man alle Wochen ein schönes Taschengeld verdient. Vor allen Dingen mag dabei auch der Ehrgeiz eine gewisse Rolle spielen. Jeder von diesen „Weisen“ träumt davon, einmal Minister zu werden. Zumindest aber Polizeipräsident. Die „Gedanken“ haben die SPD-Minister noch nicht verpöht. Und es ist doch zu schön, wenigstens im „Geiste“ Minister zu sein.

Lauban

Geheimer Diebstahl. Einer 70jährigen Rentnerin wurden aus der verhöhlerten Wohnung 150 Mark gestohlen. Da die alte Frau noch einer Beschäftigung nachgehen muß, konnte der Dieb ungehindert den Diebstahl ausführen.

Bunzlau

Sturz mit dem Motorrad. Gestern, Montag, nachmittags verunglückte der Elektriker Heideich, wohnhaft Schloßpromenade, mit dem Motorrad auf der Chaussee Berg-Barthau zwischen den Steinbrüchen Stellung und Zeidler. Der Verunglückte verletzte sich erheblich an der rechten Körperseite. Schuld an diesem Unglück sind die ungeheuer schlechten Straßenverhältnisse. Es wäre an der Zeit, daß die schon jahrelang schlechten Straßen ausgebessert würden, aber leider hat man von seiten der Kreisbauverwaltung wenig Interesse dafür. Bereits am Sonntag ist durch die Löcher der angeführten Straße ein Motorrad beschädigt worden, nur durch schnelles Halten ist ein größeres Unglück verhütet worden.

Legnitz

Früher Tod

Es, wie es Blumen gibt, welche im Verborgenen blühen, so gibt es auch Revolverblätter, welche nie in der Öffentlichkeit bekannt werden. Zu diesen gehört das deutsch-nationale Käseblattchen, genannt Li-La-Floh. Die Genossen dieser geistigen Kraft sind nur Herr Friederici mit seinem Stabe. Alle übrigen Zeitungen werden wahllos und losenlos als Altpapier den unzähligen pensionierten Generalen zugeföhrt. In diesen Gehirnen kann der Inhalt des Li-La-Flohs keine Verwirrungen mehr anrichten. Mit einer Morgens- und einer Abendausgabe kam diese geistige Mißgeburt vor nicht zu langer Zeit ans Tageslicht. Wie eine Klotze, die an die Gaslampe fließt, hat sich der Li-La-Floh die Fänge verknäutelt. Ganz verpöht teilte die „Redaktion“ dieser Zeitschrift mit, daß der Bunzsch, der in „unabhängigen“ Blättern aus der „schwarzen Lejerschaft“ ausgedrückt wird, aus Sparmaßregeln nur einmal am Tage 5 ringelpapier auszugeben, erfüllt werden soll. Wir verstehen den Bunzsch dieser Leute und sind überzeugt, daß in ganz langer Zeit wieder „unabhängige“ Blätter bei Herrn Friederici eingehen werden, wo der Bunzsch ausgesprochen wird, wegen des warmen Frühlingwetters

die Bude ganz zumachen. Das gleiche Schicksal, wie den zahlreichen Vorgängern.

Auf dem Eis eingebrochen und extrunken. Auf dem vom Schwarzwasser durchflossenen Bruchsee, Nordbad genannt, tummelten sich auf der dünnen Eisdede am Sonntagmittag eine Anzahl junger maghafter Burtschen, als auf einmal die Eisdede nachgab und die 15jährige Laufmädchen Wuttke in die Tiefe sank. Sofort wurde die Feuerwehr gerufen, die mit Stangen und Haken nach dem Verunglückten suchte. Erst nach etwa einer Stunde gelang es, den Verunglückten aus dem Wasser zu ziehen. Trotz mehrstündiger Bemühungen gelang es nicht, den Verunglückten ins Leben zurückzurufen.

Die Bahnhofsprügelei am Jahresanfang

Ein Arbeiter bittet uns, nachfolgenden Vorfall in der Zeitung zu veröffentlichen. Wir kommen dem Wunsche nach, obwohl die Vorgänge bereits einige Tage zurückliegen, da unseres Gedächtnisses endlich einmal das skandalöse Verhalten der Bahnpolizei angeprangert werden muß.

Am 1. Januar 1930, vormittags 5 1/2 Uhr, besaßen wir uns im Bahnhofs wartesaal 3. Klasse. Wir hatten dort ein Bier getrunken und ein zweites bestellt. Der Wartesaal war schon von 4 Uhr ab für das Publikum geöffnet. Der Wörtner kam und fragte uns, ob wir eine Fahrkarte hätten. Wir verneinten dieses und sagten, daß wir auf jemanden warten. Der Wörtner entgegnete darauf, daß er uns gleich rausbringen läßt. Er ging weg und kam nach kurzer Zeit mit dem Bahnpolizeibeamten F. Löter wieder. Dieser forderte uns auf, sofort den Wartesaal zu verlassen. Wir erwiderten ihm, daß wir Gost der Bahnhofsverwaltung seien und erst unser Bier, das schon bezahlt war, austrinken wollten. Ich führte mein Glas zum Munde. Da ergriff Löter mein Handgelenk und goß mir das Bier auf die Erde. Darüber empört, erluchte ich Flöter, mir das Bier zu bezahlen. Dieser lagte höhnisch: „Ich werde es euch schon bezahlen“ und griff nach dem Gummiknüppel. Er schlug sofort auf gemeine Art dem am gleichen Tische sitzenden Arbeiter Artur Reubed, der nichts mit dieser Sache zu tun hatte, mit dem Gummiknüppel über den Kopf. Darüber empört, warfen sich andere unbeteiligte dem weiter wütenden Flöter in die Arme und drückten diesen zur Türe hinaus. Jetzt mißachtete sich auch dort stehende Gepäckträger mit ein. Den Arbeiter K. Liöcher, der die Personalien des Flöter, der seine Demüßnisse weit überschritten hatte, feststellen lassen wollte, schlug er mit dem Gummiknüppel über sein rechtes Auge und schlug ihn zu Boden. Klische ist Schwerkriegerbeschädigter und hat schon ein Auge verloren. Später ging Klische noch einmal wegen der Personalien, und wurde bei dieser Gelegenheit wieder von Flöter zu Boden geschlagen. Darauf bemächtigte sich der vor dem Bahnhofs stehenden Menge eine ungeheure Empörung. Die Menge strömte in den Bahnhofsraum und verprügelte mit vollem Recht Flöter. Wir möchten noch bemerken, daß die hiesigen Bahnpolizeibeamten bereits mehrmals Schlägereien provoziert haben.

Aus dem Riesengebirge

Arbeiter, Ausgeheuerte und Betriebsarbeiter

Gernad zur öffentlichen Erwerbslosenversammlung am Mittwoch, dem 9. Januar, um 20 Uhr, im „Berliner Hof“.
Referent Genosse K. o. b. a. Breslau. Arbeiter von Hirschberg, ersehen zahlreich!
Der Erwerbslosenaußschuß.

„Der stille Don“

Copyright by Verlag für Literatur und Politik Berlin-Wien

Kosakenroman
von Michael Scholochow

IX

Am nächsten Morgen begab sich Grigorij zu Mosch. Sergej Platonowitsch war vom Geschäft zum Tee nach Hause gekommen. Er sah mit Aljopin im Wohnzimmer, trank in aller Ruhe Tee. Grigorij sah seine Mühe im Vorraum und ging in das Wohnzimmer.

„Ich komme zu Ihnen, Sergej Platonowitsch.“
„Ich glaube, du bist Pantelej Meljehow's Sohn?“
„Ja.“
„Was wünschst du?“

„Ich wollte Sie fragen, ob Sie mich nicht als Arbeiter aufnehmen würden?“

Grigorij wandte auf ein Knarren der Tür den Kopf. Ein junger Offizier in einem grünen Kittel mit Leutnantenpauletten kam aus dem Wohnzimmer herein. Grigorij erkannte in ihm den Offizier, den Nikita Korjuchnow im vorigen Jahre beim Rennen geschlagen hatte.

Sergej Platonowitsch hob dem Offizier einen Stuhl zu und fragte:

„Ist dein Vater verarmt, daß du in Dienst gehen willst?“
„Ich lebe nicht beim Vater.“
„Wilt von ihm gegangen?“
„Ja.“

„Ich möchte dich gern zu mir nehmen, ihr seid alle fleißige Leute, aber ich habe keine Arbeit für dich.“

„Worum geht es denn?“ fragte der Offizier, setzte sich an den Tisch und sah Grigorij an.

„Der Vursche möchte auf Arbeit gehen.“

„Versteht du mit Pferden umzugehen? Kannst du gut kutschieren?“ fragte der Offizier und rührte mit einem Köffel im Tee.

„Ja, das kann ich alles. Wir haben ja sechs Pferde zu Hause.“

„Ich brauche einen Kutscher. Wie sind die Bedingungen?“

„Ich verlange nicht viel.“

„Komm morgen zu meinem Vater auf das Gut. Weist du, es ist das Gut von Nikolaj Meljehowitsch Lestwitsch.“

„Gut.“

„Bleib doch hier. Komm morgen früh. Wir werden schon einig werden.“

Grigorij blieb einen Augenblick unerschlossen stehen und sagte:

„Ich möchte Ihnen noch etwas sagen, Euer Wohlgeboren....“
Der Offizier folgte Grigorij in das hellere Wohnzimmer. Durch die matten Fensterscheiben drang spärliches rosa Licht.

„Was möchtest du?“

„Ich bin nicht allein....“ Grigorij wurde ganz rot. „Eine Frau ist mit mir... Vielleicht könnte sie auch Arbeit bei Ihnen finden?“

„Ist es keine Frau?“ fragte der Offizier lächelnd und sah seine im Lichte rötlich schimmernden Brauen in die Höhe.

„Eine fremde Frau.“

„Ach so! Gut, wir werden sie als Hilfskutschin einstellen. Wo ist ihr Mann?“

„Hier im Dorfe.“

„Hast du sie ihm geraubt?“

„Nein, sie ist von selbst zu mir gekommen.“

„Eine romantische Geschichte! Also gut, komm morgen. Kommst jetzt gehen, Bruder.“

Grigorij kam ins Dorf Jagodnoje — Lestwitsch's Gut — gegen acht Uhr morgens. Der große Gutshof war mit einer Ziegelmauer umgeben. Im Hofe lagen alle möglichen Gebäude. Ein Hans mit

Ziegen gebedt — 1910 erbaut — ein Wohngebäude, ein Dampfbad, ein Pferdehof, ein Kuhstall, ein großer Speicher, eine Wagenremise. Hinter dem Hause stand eine dicke Wand von grauen Ziegeln und Weiden mit braunen Ähren von verlassenen Storchneestern.

Eine Horde von Krimer Windhunden begrüßte Grigorij im Hofe. Eine alte lahme Hündin mit trübseligen Graubraunaugen blickte Grigorij und lief ihm nach, den knochigen Kopf tief hinstreckend. In der Bestenstube schnappte eine dicke Köchin mit einem jungen, sommerprossigen Stubenmädchen. Ein alter Mann mit dicken Lippen saß auf der Schwelle, in dichten Tabakqualm wie in einem Sad eingehüllt. Das Stubenmädchen führte Grigorij in das Herrschaftshaus. Im Vorzimmer stand es nach Hundst und ungetrockneten Tierfellen. Auf dem Tische lagen ein Jagdgewehr und eine Jagdtasche mit zerrissenen Seidenstrümpfen.

„Der junge Herr wartet hier auf Sie,“ sagte das Stubenmädchen, aus der Seitentür herausschauend.

Grigorij sah ängstlich seine schmutzigen Stiefel an und trat zur Türe.

In einem Bette, das neben dem Fenster stand, lag der junge Offizier. Auf der Decke neben ihm eine Schachtel Zigarren und Zigarettenhülchen. Der Leutnant stopfte sich eine Zigarette, knippte den Zündkerzen zu und sagte:

„Früh bist du hergekommen. Warte, Vater kommt gleich.“

Grigorij blieb an der Tür stehen. Einen Augenblick später hörte man knarrende Schritte. Ein tiefer Bass fragte durch die Türspalte:

„Schläfst du, Jüngling?“
„Bitte, kommen Sie nur herein.“

Ein alter Mann trat ein, mit einem schwarzen, kaukasischen Filzmantel angetan. Grigorij betrachtete ihn von der Seite. Das erste, was ihm ins Auge fiel, war die feingebogene Nase und der weiße, unter der Nase gelbliche Schnurrbart. Der Alte war sehr groß, breitschultrig, aber hager. Ein langer Kamelhaartrock hing schlapp über seine Schultern, ein Kragen umfing fest wie eine Schlinge den braunen, runzligen Hals. Die verbläuten Augen sahen eng zusammen.

„Hier ist der Kutscher, den ich Ihnen empfehle, Vater, er ist aus guter Familie...“

„Wessen Sohn ist er?“

„Meljehow's.“

„Von welchen Meljehow's?“

„Er ist Pantelej Protosjewitsch's Sohn.“

„Protosjij kannte ich, er hat mit mir zusammen gedient. Auch Pantelej kannte ich. Hinkt er nicht, er stammt doch von Tschellessen...“

„Ja, hinkt! Er hinkt,“ sagte Grigorij.

Er erinnerte sich an die Erzählungen seines Vaters über den



DIE UMARMEN SICH IN DER GROSSEN KOALITION
Wählt die Forderung der proletarischen Aufwachen der SPD
WERBT FÜR PARTEI UND PRESSE!

General a. D. Lestwitsch — den Helden des russisch-türkischen Krieges. „Warum suchst du Arbeit?“ höhnte es von hoch oben.

„Ich lebe nicht bei meinem Vater, Ezjellenz.“

„Was für ein Kofal kann aus dir werden, wenn du dich bei Fremden verdingen willst? Hat der Vater dir denn nichts gegeben?“

„Nein, Ezjellenz.“

„So, das ist eine andere Geschichte. Verdingst du dich mit welcher Frau?“

Das Bett des Leutnants knarrte laut auf. Grigorij sah hin: er bemerkte, wie der ihm mit den Augen ein Zeichen machte.

„Du Besehl, Ezjellenz.“

„Daß die „Ezjellenz!“ Das mag ich nicht! Ich zahle acht Rubel monatlich euch beiden. Deine Frau hat für das Gefinde und die Saisonarbeiter zu kochen. Bist du einverstanden?“

„Ja, Besehl!“

„Du hast morgen hier zu sein. Im Gefindehaus bekommst du die Wohnung, in der der alte Kutscher gewohnt hat.“

„Wie war die gestrige Jagd?“ wandte sich dann der Alte seinem Sohne zu.

„Wir haben aus der Schwarzen Wiese einen Fuchs gejagt, bis zum Halb haben wir ihn getrieben, ein alter war's, der die Hunde immer zum Narren hielt...“

„Hinkt Kuffel noch?“

„Er hat sich augencheinlich ein Bein verstaucht.“

„Beck dich, Jüngling, dein Frühstück wird kalt.“

Der Alte wendete sich zu Grigorij, schnalzte mit den dünnen Fingern.

„Also, vorwärts, mach! Morgen früh, gegen acht, sollst du hier erscheinen!“

Grigorij ging zum Tor hinaus. Hinter dem Speicher lagen die Hunde und warteten sich in der Sonne. Die alte Köchin mit den Graubraunaugen trippelte Grigorij entgegen, schnupperte an ihm herum und begleitete ihn ein Stück, den Kopf hinstreckend, sich seinem Schritt anpassend. Dann ließ sie zurück.

(Fortsetzung folgt.)

Verantwortlich für Politik und Religion: **Edmund Kersch**, Breslau; für Oberkassier: **Edmund Kersch**, Breslau.

KASSNER LIEBICH KASSNER
Zauber! KASSNER WUNDER
KASSNER ??? KASSNER
OH! OH! KASSNER LUTETE
KASSNER HEKEREI KASSNER
ITESTER KASSNER STÄUNEN
KASSNER
Täglich 7/8 Uhr
Mittw. Sonnab. und
Sonntag auch nachm. 4 U.

Stadttheater Breslau
(Opernhaus)
Spielplan vom 4. bis 12. Januar 1930
Dienstag, 20 Uhr
Abonnements-Vorstellung Serie A 10
Die Geisha
Mittwoch, 20 Uhr
Abonnements-Vorstellung Serie B 10
Salome
Donnerstag, 20 Uhr
Abonnements-Vorstellung Serie E 10
Zosca
Freitag, 20 Uhr
Abonnements-Vorstellung Serie C 10
Der Majarja-Oberst
Sonnabend, 20 Uhr
Der Ring des Nibelungen
Vorabend
Das Rheingold
Sonntag, 15.30 Uhr
Nachm.-Vorstellung zu ermäßigten Preisen
Das Strykelein
20 Uhr
Die Geisha

Schauspielhaus
Operettenbühne
Tel. 36300
Täglich 8 Uhr
Letzte 4 Tage!
Gastspiel
Eise Kochmann
v. d. Staatsoper Berlin
Walt Jankuhn
vom Berliner
Metropoltheater
Die Bajadere
Operette in 8 Akten
Musik v. E. Kalman
Mittwoch u. Sonnab.
nachm. 4 Uhr.
Röbezah!
Kindermärchen mit
Gesang und Tanz
in 8 Bildern
Sonnabend, 10. Januar
Neu einstudiert!
Der Bettelstudent
mit Walter Jankuhn o.B.

Stadttheater Schwednitz
Dienstag, 7. Januar
8 Uhr
Weekend im Paradies
Donnerstag
Keine Vorstellung
Freitag, 10. Januar
8 Uhr
Die Frau im Hermelin
Sonntag, 12. Jan.
nachm. 1/2 4 Uhr
Die Frau im Hermelin
abends 1/2 8 Uhr
Die Frau im Hermelin
Sie verdienen Sie täglich
10 Mark
mit Schnitzkegel
Nur persönl. kommen
Reste
in Serge, Kiste, Geis-
wand, Aermelstü-
cke, Kragen, Knöpfe,
Kerzfische, Erdöl
alles sehr billig
prima Ware
Detail und Engros
Berth. Lippert
Breslau
Heinrichstraße 18
Telef. 30222. 17
Postfach 333

Das Kampfprogramm der Betriebsräte

Nach welchen Gesichtspunkten wird die Liste der revolutionären Gewerkschaftsopposition aufgestellt?

Nachstehende Ausführungen entnehmen wir dem Artikel „Vorbereitungen zu den Betriebsrätemahlen“ von Winkowski, der in dem zweiten Dezemberheft der Zeitschrift „Betrieb und Gewerkschaft“ veröffentlicht wurde.

Die Kandidatenliste muß auf der Basis proletarischer Forderungen aufgestellt werden. Die Kandidaten müssen sich verpflichten, für die Durchsetzung der proletarischen Forderungen zu kämpfen. Die wichtigsten Forderungen sind:

1. Für die Wiederherstellung und Sicherung der Arbeiterdemokratie in den Betrieben und Gewerkschaften;
für die Einheit der Arbeiterklasse auf der Klassenkampf-
basis;
gegen Wirtschaftsfrieden und gegen den Schwandel von der
Wirtschaftsdemokratie!
2. Für die Organisation eines entschlossenen Kampfes für die
Erhöhung der Arbeiterlöhne;
Sicherung des achtstündigen Maximalarbeitstages;
freier Sonnabendnachmittag;
für eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit auf sieben
Stunden;
für Lohnausgleich und gleichen Lohn für gleiche Leistung;
für größeren Schutz für Arbeiterinnen und Jugendlichen!
3. Gegen Koalitionspolitik;
gegen das Schlichtungssystem;
für Streikfreiheit;
gegen Unternehmerterror und Betriebszuchtismus!
4. Für die Stärkung der revolutionären Gewerkschaftsopposition;
gegen die Spaltungs- und Ausschlußpolitik der reformi-
stischen Gewerkschaftsbürokratie;
für die Wiederaufnahme der Ausgeschlossenen;

für einheitliche Klassengewerkschaften auf der Grundlage der Industrieverbände;
für die Ermöglichung der Betriebsräte zu revolutionären Kampforganen der Arbeiterklasse!
(Aus der Resolution des Gewerkschaftskongresses der revolutionären Gewerkschaftsopposition.)

An Hand dieser Forderungen erfolgt die Kandidatenaufstellung nach folgenden Gesichtspunkten:

1. Durch vorbereitende Agitation für demokratische Wahlen, für Einberufung von Betriebsversammlungen, zu denen einheitliche Kandidatenlisten auf der Grundlage konkreter proletarischer Forderungen aufgestellt werden.
2. Durch Einberufung gemeinsamer Belegschaftsversammlungen der organisierten und unorganisierten Arbeiter durch die revolutionäre Gewerkschaftsopposition, in denen das Wahlprogramm und die Aufstellung einheitlicher Kandidatenlisten vorgeschlagen und beschlossen werden sollen. In diesen Veranstaltungen ist ein Komitee zur Durchführung der Wahlkampagne in den Betrieben zu wählen.
3. Diese einheitlichen Kandidatenlisten sind in gewerkschaftlichen Mitglieder- und Funktionärversammlungen von der revolutionären Opposition zur Annahme vorzuschlagen.
4. Im Falle der Ablehnung dieser Listen durch die Gewerkschaftsbürokratie und die von ihr beherrschten Versammlungen soll die revolutionäre Opposition, sofern die Voraussetzungen dafür bestehen, die von der Belegschaft aufgestellte Einheitsliste einbringen.
5. Bei der Aufstellung der Listen in Betrieben, in denen in größerem Umfange Arbeiterinnen beschäftigt werden, müssen diese unbedingt entsprechend ihrer Bedeutung berücksichtigt werden.
6. Um zu verhindern, daß die reaktionäre Gewerkschaftsbürokratie diese Liste mit dem Ausschluß der führenden Gewerkschaftsmitglieder im Betriebe beantwortet, ist es angebracht, nicht alle aktiven Führer der Gewerkschaftsopposition auf die Kandidatenlisten zu stellen.
7. Auf den von der revolutionären Gewerkschaftsopposition vorgeschlagenen Kandidatenlisten sind neben den freigewerkschaftlich organisierten auch solche unorganisierte Arbeiter anzuführen, die in der Belegschaft einen großen Einfluß haben und sich als Klassenbewußte Arbeiter in den Kämpfen der Arbeiter betätigt haben.
8. In Betrieben, in denen die christlichen und Kirch-Darlehner Organisationen größeren Einfluß auf die Belegschaft haben, sind revolutionär gestimmte, zuverlässige Arbeiter aus diesen Verbänden, wenn sie Einfluß auf ihre Kollegen haben, als Kandidaten für die Einheitsliste zu gewinnen, um den reaktionären Einfluß der christlichen und Kirch-Darlehner Organisationen auf die Belegschaft zu brechen.

überall erhältlich
Quebis-Brot
macht wandern
überall erhältlich

A Führer durch die Geschäftswelt für Arbeiter, Angestellte und Beamte von Breslau A

Gebr. Wolfs Gaststätten in allen Stadtteilen!

Nord

Möbelhaus Paul Rogoll, Matthiasstr. 59 kauft man gut und billig

Musikhaus :: Waterloo-Str. 3 Sprechapparate, Schallplatten / Auf Wunsch Teilzahlung

M. Pfeiffer Matthiasplatz 11 Wäsche- und Schürzenfabrikate

Kolonialwaren / Konfekt / Spirituosen / Weine M. Scholz, Feinertstraße Nr. 15

Fleischerei und Wurstfabrik Robert Schwarz, Westafelstr. 18

Weiß-Druckerei Trebnitzer Str. 46 Victor Ischorz

Bäckerei und Konditorei Josef Diercks, Fleischlastraße 12

Lebensmittel / Obst-Strawbette / Kaffee- und Garten-Werkzeuge, Galerie, Trebnitzer Straße 52

Bäckerei und Konditorei F. Riegner, Dörsnerstraße Nr. 18

Herbert Kubitzke Strumpfwaren / Tricotagen / Wäsche Neue Waldenstr. 127

Bäckerei und Konditorei Richard Scholz, Wilschtr. 27, a. Wasserbr. u. Matthiasstraße 63/65

Eisenhandlung Conrad Weig Weigenburger Straße 40

Fischwaren/Spezialgeschäft F. Kühn, Rosophtstraße Nr. 18

Hut-Hönisch Matthiasstrasse Nr. 139

Bäckerei und Konditorei Ernst Frenzel, Matthiasstraße 142

Hermann Dietrich, Matthiasstraße 85 Fleischerei und Wurstfabrik

Karl Zagan, Matthiasstraße 170 10% Rabatt

H. Richter, Matthiasstraße Nr. 71a Porzellan und Kaffengeräte, Reg. Grabstraße u. Schilder

Fleisch- und Wurstwaren O. Müller :: Schicksalstraße 45 Ede Wälder

Kolonialwaren / Spirituosen Wilhelm Sappell, Schiefwerberstr. 51

W. Zembrod Waterloostrasse Nr. 11 Kolonialwaren / Spirituosen

Kolonialwaren / Spirituosen Heinrich Scholz, Dittorfstraße 2

Kolonialwaren / Spirituosen Heinrich Scholz, Dittorfstraße 2

Kolonialwaren / Spirituosen Heinrich Scholz, Dittorfstraße 2

Kolonialwaren / Spirituosen Heinrich Scholz, Dittorfstraße 2

Kolonialwaren / Spirituosen Heinrich Scholz, Dittorfstraße 2

Kolonialwaren / Spirituosen Heinrich Scholz, Dittorfstraße 2

Kolonialwaren / Spirituosen Heinrich Scholz, Dittorfstraße 2

Kolonialwaren / Spirituosen Heinrich Scholz, Dittorfstraße 2

Kolonialwaren / Spirituosen Heinrich Scholz, Dittorfstraße 2

Kolonialwaren / Spirituosen Heinrich Scholz, Dittorfstraße 2

Kolonialwaren / Spirituosen Heinrich Scholz, Dittorfstraße 2

Kolonialwaren / Spirituosen Heinrich Scholz, Dittorfstraße 2

Kolonialwaren / Spirituosen Heinrich Scholz, Dittorfstraße 2

Kolonialwaren / Spirituosen Heinrich Scholz, Dittorfstraße 2

Kolonialwaren / Spirituosen Heinrich Scholz, Dittorfstraße 2

Kolonialwaren / Spirituosen Heinrich Scholz, Dittorfstraße 2

Kolonialwaren / Spirituosen Heinrich Scholz, Dittorfstraße 2

West

Koffeinapparate mit Metallführung u. erstkl. Schneckenwerk Tischapparate mit Haube, 2 Türen u. erstkl. Schneckenwerk Wochenrate 1 Mark

Musikhaus Blumenthal, Friedrich-Wilhelm-Str. 105 Einkaufsquelle der organisierten Arbeiterschaft

Alfred Teuber, Friedr.-Wilhelm-Str. 35 Die beste und billigste Bezugsquelle für Haus- und Küchengeräte, Glas, Porzellan und Steingut seit über 30 Jahren.

Fisch-Spezialgeschäft K. Schinzel, Frankfurtstr. 127

Deln Fahrradgeg. Teilzahlung nur bei Willy Watzky, Friedr.-Wilhelm-Str. 13 Einkaufsquelle der organisierten Arbeiterschaft

Kolonialwaren nur von Georg Müller Wöpelwitzstraße 41

Trinkt Milch aus der Mifsen-Molkerei, Mifsenstraße 88

Kolonialwaren nur von Georg Müller Wöpelwitzstraße 41

Trinkt Milch aus der Mifsen-Molkerei, Mifsenstraße 88

Kolonialwaren nur von Georg Müller Wöpelwitzstraße 41

Leinen-Haus Gotthard Völkel Friedrich-Wilhelm-Strasse 51 · Albrechtstrasse 56 Gut gewählte Berufskleidung und Wäsche Federdicke Intenz, gute Qualitäten Niedrige Preise. Einkaufsquelle der Arbeiter

Möbelfabrik Max Schreiter, Bismarckstr. 12 Wohnungseinrichtungen und Einzeilmöbel aller Art besonders für Siedlungs-Wohnungen Niedrige Preise. Gegen Kasse und auf Raten

Brauerei u. Ausschank Zum großen Meerschiff Inh. E. Vogel Breslau, Reuschestr. 28

Albert Guttsche, Reuschestraße 29/31 Bekannt als leistungsfähig in Leder- und Schuhbedarfsartikel Zweigstellen: 1. Gräßhener Str. 19/21, 2. Mollte-Str. 14, 3. Bohrauer Str. 27, 4. Poststr. 7 Einkaufsquelle der org. Arbeiterschaft

Sprechapparate / Schallplatten Teilzahlung! Musikhaus Opik & Höhne nur Breite Straße 15

Richard Schmidt Germaniastraße 2, Ede Fleischstraße Lebensmittel, Spirituosen, Sigaretten, Sigaretten

Lebensmittel Max Kuhnert, Heinrichstrasse 13

Max Müller, Heinrichstraße 19a Milch und Molkereiprodukte

Ernst Hilberbrand, Fleischlastraße 18 Lebensmittelgeschäft

Fleischerei und Wurstfabrik Max Labner, Dittorfstraße Nr. 7

Lebensmittel Wilhelm Schmidchen, Dittorfstraße 63

Fleischerei und Wurstfabrik Heinrich Schöpf, Laurentiusstraße 25

Justus Rausch, Schöninger Straße 33 Gottschätsche / Saffran und Verkauf von Spirituosen

Erst Müller / Wälderlebertrage Ede. Weid. Vogelstr. 5, Eimerlein Matthiasstraße 85

Konfektionshaus Max Silbermann Herren- und Knaben-Bekleidung 3 Weinrichstrasse 3

Musikhaus E. Bartsch, Gartenstr. 23-25 Größtes Lager am Platze Lieferungen zu den günstigst. Zahlungs-Bedingungen

O. Korn, Friedländer Str. 7 Nur gute Herren- und Knaben-Bekleidung Malmermarkt der Fa. Louis Mosberg, Nischelhof

Im Kaufhaus W. Rahmer Friedländer Straße 28 kauft man gut und billig

Waldenburg-Altwasser Julius Müde Charlottenbrunner Straße 20 Bäckerei und Konditorei

Paul Hiltmann, Charlottenbr. Str. 164 Leder- und Polsterwaren Bettfedern und Einsaum

Carl Gläner, Charlottenbr. Straße 55 Möbel und Sargmagazin

Hof und Grünwaren Herm. Berger, Breslauer Straße 48

E. Schneiders Nachf. Joh. M. Eggert, Breslauer Straße Damenhüte / Wäsche / Strümpfe

Beerbegrüßungsinstitut, Poststraße 11 Möbellager, Hugo Kofschke

Hugo Müller Nachf., Alfred Köhnigk Breslauer Straße 57 Billigste Bezugsquelle für Kolonial-, Schnitt-, Emaillewaren, Eisernes Kreuz

Paul Müller, Bergstraße 7 Brot-, Weiß- und Feinbäckerei

Milchversorgung Groß-Waldenburg Erste Molkerei des Industriegebietes, unter dänem. Kontrolle d. städt. Gesundheitsamtes Trinkt Milch

Fischfleisch u. Kauf. Fisch. Molkereiprod. nur d. meinen Milchwagen u. Verkaufsstellen

Fischfleisch u. Kauf. Fisch. Molkereiprod. nur d. meinen Milchwagen u. Verkaufsstellen

Schuhhaus Krojanker Scheitniger Strasse 16 Friedrich-Wilhelm-Strasse 36

O. Schöneich, Frankfurtstr. 115-117 Wäsche, Trikotaschen, Strümpfe

Deine Ledersohlen und Schuhmacherartikel nur bei E. Franke, Friedrich-Wilhelm-Str. 31

Arbeiter zahlen nur Fr. Korbfass Sigaretten, Sigaretten und Tabak, Anberessenstraße 10

DR und Gemüse nur von H. Schieweck holen Wöpelwitzstraße 29

Schuhhaus Wilhelm Vogel 66 Friedr.-Wilhelm-Str. 66 Einkaufsquelle der organ. Arbeiter

+ Drogerie Lothar Artl + Promnitzstraße 16

Kaufhaus Max Stein Wäsche und Kleiderstoffe billig und reell nur Friedrich-Wilhelm-Strasse Nr. 58

Uhren-Frenzel gegründet 1899 Friedrich-Wilhelm-Strasse 89 Einkaufsquelle der organisierten Arbeiterschaft

Zentrum Metallbettstellen / Matratzen Kinderbettstellen / Gaskocher Beier & Olowinsky

Rosenthal Uhren, Gold- u. Silberwaren Neue Schweidnitzer Strasse 5 Beste Bezugsquelle für Arbeiter, Angestellte u. Beamte

Oskar Heymann, Drogenhaus Neumarkt 18 / Albrechtstraße 41

Für die Augen Heidrich Optikermeister · Stadthaus gegenüber

Genossen! Beachtet beim Einkauf unsere Inserenten!

Genossen! Beachtet beim Einkauf unsere Inserenten!

Genossen! Beachtet beim Einkauf unsere Inserenten!

Genossen! Beachtet beim Einkauf unsere Inserenten!

Genossen! Beachtet beim Einkauf unsere Inserenten!

Genossen! Beachtet beim Einkauf unsere Inserenten!

Genossen! Beachtet beim Einkauf unsere Inserenten!

Genossen! Beachtet beim Einkauf unsere Inserenten!

Genossen! Beachtet beim Einkauf unsere Inserenten!

Genossen! Beachtet beim Einkauf unsere Inserenten!

Genossen! Beachtet beim Einkauf unsere Inserenten!

Genossen! Beachtet beim Einkauf unsere Inserenten!

Genossen! Beachtet beim Einkauf unsere Inserenten!

Genossen! Beachtet beim Einkauf unsere Inserenten!

Genossen! Beachtet beim Einkauf unsere Inserenten!

Genossen! Beachtet beim Einkauf unsere Inserenten!

Genossen! Beachtet beim Einkauf unsere Inserenten!

Genossen! Beachtet beim Einkauf unsere Inserenten!

Genossen! Beachtet beim Einkauf unsere Inserenten!

Genossen! Beachtet beim Einkauf unsere Inserenten!

Genossen! Beachtet beim Einkauf unsere Inserenten!

Genossen! Beachtet beim Einkauf unsere Inserenten!

Genossen! Beachtet beim Einkauf unsere Inserenten!

Ost

H. Krappig, Lantzenhagenstraße 152 ff. Fleisch- und Wurstwaren

F. Freier Lantzenhagenstraße 152 Leder- u. Umpolierung von Sofas und Matratzen

Fischwaren Spezialgeschäft Kurt Rühl Vorwerkstr. 73

Paul Müller Lantzenhagenstr. 165 Fisch- u. Kolonialw.

Holz und Mehl nur bei Gehler Webskystr. 16

Thomas-Brause und Selters Die Getränke der Werkstätten Reinhold Thomas GmbH, Breslau 23 Habenstrasse 84 / Tel. 24116 / Lieferant für Kantinen

Möbel günstige Zahlung J. Erkel & Co. Grabschen Str. 12

Luci & Sani Grabschen Str. 37

S. Andritschko Friedrichstrasse 12 Schuwarenwerk

Silvia Kaufmann Grabschen Str. 48 Spez. Kinderbekleid.

Möbel kauft beim Fachmann W. Scharf, Tischlerstr. Grabschen Str. 58a, 132

Paulz Sam- u. Mädchenstr. Neta Grill, Im B. Sch. Grabschen Str. 28

Kaufhaus H. Koberst Grabschen Str. 84

Süd

Kopfschlichterei, H. Wurstwaren Adolf Schibinski, Gräßhener Str. 28

Deutsche Herrenmoden Gräßhener Straße 27, Ede Polsterstraße Herren- und Knaben-Bekleidung Auch Berufskleidung für jedermann Bei Hinweis auf dieses Inserat 5 % Rabatt

Uhren / Goldwaren J. Bedermann, Neue Gumpenstraße 10, Kellerecke Sonnenplatz

Drogenhaus am Sonnenplatz Bruno Matthias Drogen / Farben / Photo

Möbel kauft beim Fachmann W. Scharf, Tischlerstr. Grabschen Str. 58a, 132

Paulz Sam- u. Mädchenstr. Neta Grill, Im B. Sch. Grabschen Str. 28

Kaufhaus H. Koberst Grabschen Str. 84

Biologische Handlung Herm. Fröhlich, Gerberstr. 2, Ruf 1143

Reparaturwerkstatt Hermann Scharf, Kuchstraße Nr. 48

Hilf Grünberg, Friedländer Str. 27 Herren- und Knaben-Konfektion

Robert Kahn, Hermann-Eichstr. 2 Weine / Liköre / Tabakwaren

Reinhold Schöppich Grabschen Str. 42

Reinhold Schöppich Grabschen Str. 42

Genossen beachtet unsere Inserenten!